

The logo for the European Social Democracy (SPE) party, featuring the letters 'SPE' in white on a red background.

SPE

EUROPÄISCHE
SOZIALDEMOKRATIE

Ein neues Sozial- und Wirtschaftsmodell für Europa

Für ein Programm progressiver Reformen



Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas, Sergei Stanishev, und Maria João Rodrigues, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und Vorsitzende der SPE-Arbeitsgruppe für progressive Reformen.

Diese Broschüre und die in ihr abgedruckten Dokumente sind das Ergebnis eines intensiven Austauschs zwischen den SPE-Mitgliedsparteien. In 2015 entwickelte die SPE-Arbeitsgruppe für progressive Reformen, bestehend aus Vertretern der SPE-Mitgliedsparteien, SPE-Ministern und Kommissaren, Mitgliedern nationaler Parlamente, Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Mitgliedern der SPE-Fraktion im Ausschuss der Regionen, Europäische Jungsozialisten, Solidar und FEPS, eine Vision über Reformen, die Investitionen fördern, soziale Ungleichheiten bekämpfen und Wachstum und Jobs wieder auf die europäische Agenda setzen.

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Krise bleibt in Europa für viele Menschen eine bittere Wahrheit, mit dem Ergebnis, dass extrem rechte Bewegungen und Populismus Zulauf erhalten. Solidarität bröckelt und Spaltungen und Ungleichheiten nehmen innerhalb und zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu. Dies alles beruht auf einer lang anhaltenden sozialen und wirtschaftlichen Krise. Konservative haben sich in Europa für dieselben alten Rezepte stark gemacht: Das Streben nach Wettbewerbsfähigkeit durch Beschneiden der Arbeitskosten, die Reduzierung öffentlicher Ausgaben, die Begrenzung der Rolle des Staates in der Wirtschaft, die Deregulierung des Arbeitsmarktes und den Abbau sozialer Errungenschaften. Dieses Rezept ist nicht neu, und diese so genannten Strukturreformen ähneln immer mehr alten politischen Projekten aus den 1980er und 1990er Jahren.

Die Situation in Europa zeigt, dass diese Lösungen uns nicht aus der Krise geholfen haben. Im Gegenteil, sie verschlimmerten ihre sozialen Auswirkungen. Wir wandten uns damals gegen sie, und wir wenden uns auch jetzt dagegen. Gegen ihr destruktives Mantra von Einschnitten, Einschnitten, Einschnitten, schlagen wir ein Programm von Investitionen und progressiven Reformen vor.

Dank der gemeinsamen Bemühungen unserer politischen Familie sind Investitionen jetzt ein Schlüsselinstrument, um das Wachstum und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in Europa zu beschleunigen. Schrittweise sichern sich Staaten erneut die Mittel, mit denen sie soziale Gerechtigkeit, Stabilität und Wachstum fördern können. Dies geschieht noch zu langsam und der Kampf ist noch nicht vorüber, aber wir sind stolz, dass unsere politische Familie den Weg bereitet hat für ein verantwortlicheres, realistischeres und produktiveres Modell für öffentliche Ausgaben. Wir werden auch weiterhin dafür plädieren, dass die europäische Wirtschaft den Schwung erhält, den sie benötigt, um die Krise in einer nachhaltigen, produktiven Weise hinter sich zu lassen, die Gerechtigkeit für alle bietet. Wir möchten gegen den derzeitigen einseitigen Reformansatz ankämpfen. Es findet ein Kampf der politischen Ideen darüber statt, welche Art von Reformen implementiert werden sollte. Wir sind davon überzeugt, dass Reformen für einen Wandel zum Besseren stehen sollten, für eine Verbesserung

unserer Gesellschaften anstatt ihrer Auflösung. Wir wünschen uns Reformen, die stärkere Gesellschaften aufbauen und sie durch Verstärkung der Sozial- und Wirtschaftsstrukturen modernisieren anstatt sie zu schwächen. Wir wünschen uns Reformen und Investitionen, die die langfristige wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Entwicklung Europas über die aktuellen kurzsichtigen und kurzfristigen Anpassungen sicherstellen.

In diesem Dokument möchten wir die umfassende Vorstellung unserer politischen Familie von progressiven Reformen präsentieren, die sicherstellen, dass soziale Themen mit wirtschaftlichen gleichgestellt werden. Wir möchten reale, konkrete Maßnahmen vorstellen, die von den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene ergriffen werden sollten, und zeigen, dass diese Alternative nicht nur möglich sondern auch dringend notwendig ist. Progressive Reformen stellen die Menschen in den Mittelpunkt. Unsere Reformen verringern soziale Ungleichheiten, bekämpfen die Armut und steigern die Solidarität; sie bringen Werte wieder zurück in das europäische Projekt, damit es das alltägliche Leben der Bürger positiv beeinflussen kann. Progressive Reformen sind Reformen, die niemanden zurücklassen.

Das so genannte Europäische Semester für die Koordination der Wirtschafts- und Sozialpolitik aktualisiert jährlich die von den Mitgliedstaaten zu implementierende EU-Reformagenda, nachdem sie von den einzelstaatlichen Reformprogrammen definiert worden sind. Diese Programme sollten mit einer stärkeren Beteiligung der Parlamente, Sozialpartner und der Zivilgesellschaft definiert und implementiert werden. Das vorliegende Dokument bietet detaillierte neue Vorschläge, die in diesen Prozess einfließen sollen. Wir würden gern unsere progressiven Reformvorstellungen über unsere Parteien fördern und mit unseren Partnern in den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft diskutieren.

Progressive Reformen geschehen nicht über Nacht. Wir werden uns stärker darum bemühen, sie Wirklichkeit werden zu lassen und die EU in einen starken Handlungsträger für Wachstum, Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit zu verwandeln. Wir werden zeigen, dass unsere Agenda solider ist als die einfach gestrickten Vorschläge von Konservativen und Populisten. Dies ist das nächste Gefecht in unserem Kampf zur Sicherung einer besseren Zukunft für jede Frau und jeden Mann in Europa. Dieser Wandel ist dringend notwendig und wird einen wirklich positiven Unterschied im Alltag von Millionen Europäern herbeiführen.



Sergei Stanishev

PES Vorsitzender



Maria João Rodrigues

*S&D Stellvertretende Vorsitzende,
Vorsitzende der SPE-Arbeits-
gruppe für progressive Reformen*

Wachstum **stei**
Jugendgarantie
Ausbildung **Wirtsc**
Innovation
Mindestlohn **Inves**
digitale Kompetenzen **Tech**
Grüne Wirtschaft **Sozialer D**
Steuergerechti

Inhalt

gern

haft

titionen

nologie

ialog

gkeit

03	Vorwort von Sergei Stanishev und Maria Joao Rodrigues
06	Dekonstruktion von 6 konservativen Mythen
08	Erklärung des SPE-Präsidiums: Für ein Programm progressiver Reformen
	PROGRESSIVE REFORMEN
10	1. Weiter-so-Lösungen für Europas lang anhaltende Wirtschaftskrise?
12	2. Ein alternatives Paket progressiver Strukturreformen
14	3. Ein nachhaltiges europäisches Sozialmodell
16	Infografik: Nachhaltiges Sozialmodell – weniger Ungleichheiten, mehr Wachstum
18	3.1 Menschenwürdige Arbeit auf einem gerechten Arbeitsmarkt.
20	3.2 Ein wirksamer Schutz für ein gerechtes Wachstum
22	3.3 Die Herausforderungen einer sich wandelnden Wirtschaft meistern
24	4. Innovationen für ein neues Wachstumsmodell und hochwertige Arbeitsplätze
26	Infografik: Neues Wachstumsmodell & hochwertige Arbeitsplätze – kluge Investitionen
28	4.1 Investitionen im Bildungswesen für echte Fortschritte auf dem Weg zu einer innovativen Wissensgesellschaft
30	4.2 Eine europäische Industriepolitik
32	4.3 Die Wende zu einer grüneren Wirtschaft als Wachstumsquelle
34	5. Rückgewinnung der Investitionskapazität mittels eines gerechten und effizienten Steuersystems
36	Infografik: Ein faires & effizientes Steuersystem für bessere Investitionen
38	5.1 Neue, bessere und gerechtere Besteuerung
40	5.2 Ein effizientes Steuersystem, das Steuerbetrug beendet und den Finanzsektor reguliert
42	5.3 Die beste Verwendung von Steuereinnahmen
44	6. Progressive Reformen ermöglichen: eine wirkliche Europäische Sozial- und Wirtschaftsgovernance
47	Schlussfolgerung: Europäische Sozialdemokraten, Akteure des Wandels

Dekonstruktion von 6 konservativen Mythen.

Konservative sagen:

DER SPARKURS ZEIGT DEN WEG AUS DER KRISE

FALSCH

Wir sagen:

■ Wir brauchen mehr Investitionen, um Europa wieder auf die Spur hin zu Konvergenz und langfristigem, nachhaltigem und fairem Wachstum zu bringen. Derartige Investitionen erfordern ebenso verschiedene Arten von Maßnahmen, um ihre Wirkung zu optimieren und sicher zu stellen, dass sie allen in Europa zugutekommen.

■ Unsere Reformen zielen nicht nur auf ausgeglichene Haushalte ab, sondern ebenso auf die Verbesserung des täglichen Lebens und die Erfüllung der Erwartungen der Europäer.

Konservative sagen:

Wir können uns unter den aktuellen Bedingungen keine Sozialausgaben leisten

FALSCH

Wir sagen:

■ Unser Wohlfahrtswesen ist grundlegend für faires, nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

■ Unsere Reformen ermöglichen sozialen Schutz und machen es möglich, den Herausforderungen wachsender Ungleichheiten und einer alternden Bevölkerung zu begegnen, ohne seine positive soziale und wirtschaftliche Wirkung auszuhöhlen.

Konservative sagen:

Wohlstand wird auf alle Europäer herunterrieseln

FALSCH

Wir sagen:

■ Reichtum wird nicht von allein hinunterrieseln. Gerechte Besteuerung ohne Schlupflöcher für Steuerhinterziehung ist notwendig, damit die Gesellschaft funktioniert. Es ist nicht nur eine Bürgerpflicht, sondern ebenso ein Instrument für eine gerechtere Gesellschaft, zum Wandel unseres Wachstumsmodells und zur Gestaltung unserer Gesellschaften.

■ Unsere Reformen stellen sicher, dass jeder seinen gerechten Beitrag zur Gesellschaft leistet, und setzen sich für eine Besteuerung der Firmengewinne dort ein, wo sie anfallen.

Konservative sagen:

**Geringere Arbeitskosten sind nötig,
um wettbewerbsfähig zu sein**

FALSCH

Wir sagen:

- Wir wünschen uns eine Wissenswirtschaft statt einer Wirtschaft mit billigen Arbeitskräften.
- Unsere Reformen sind Ausdruck der Wahl eines Wettbewerbs durch Innovation, Widerstandskraft und Produktivität statt Niedriglöhnen und geringerer sozialer Sicherheit.

Konservative sagen:

**Finanzmärkte sind
ausreichend reguliert**

FALSCH

Wir sagen:

- Wir möchten den Finanzsektor in den Dienst der Bürger und der Realwirtschaft stellen.
- Mit angemessener Regulierung werden unsere Reformen Transparenz und Verantwortung in den Finanzsektor bringen.

Konservative sagen:

**Europa ist für die Einhaltung der Haushalts-
disziplin und die Deregulierung der Märkte da**

FALSCH

Wir sagen:

- Europa muss auch weiterhin seine Fähigkeit beweisen, das Leben seiner Bürger zu verbessern, Wachstum zu erzeugen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze Vorrang zu geben.
- Unsere Reformen geben der EU die Mittel an die Hand für mehr und bessere Investitionen, für mehr Beschäftigung, für stärkere Produktivität und gerechtere Gesellschaften.

Erklärung des SPE-Präsidiums Für ein Programm progressiver Reformen

Dank der Bemühungen unserer politischen Familie hat sich jetzt in der Europäischen Union ein Konsens entwickelt, dass für Wachstum und Beschaffung von Arbeitsplätzen mehr Investitionen benötigt werden. Jedoch bedarf es noch weiteren Fortschritts. Zugleich findet ein anderer Wettstreit politischer Ideen statt, **welche Art von Reformen implementiert werden sollten, um ein starkes europäisches Sozialmodell zu fördern, damit wir für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit hohen sozialen Normen, menschenwürdiger Arbeit und einer starken Wirtschaft bereit sind.** Als Progressive können wir nicht zulassen, dass die Reformagenda von Konservativen missbraucht oder monopolisiert wird. Seit Beginn der Krise haben die konservativen Mehrheiten in Europa versucht, ihre Sicht zu strukturellen Reformen durchzusetzen. Dies spiegelt ein Reformmodell wider, dessen Essenz aus dem Abbau der Arbeitsrechte, einer blinden Kürzung öffentlicher Ausgaben, systematischer Privatisierung und der Begrenzung der Rolle des Staates in der Wirtschaft besteht. Ihre Vorstellung von Reformen ist synonym mit einer Demontage der sozialen Errungenschaften, der Deregulierung des Arbeitsmarktes und einer Verschärfung der sozialen Auswirkungen der Krise. Daher sehen viele derzeit Reformen als Bedrohung. Für uns in der Sozialdemokratischen Partei Europas gibt es einen anderen Weg mit progressiven Reformen, die die Menschen und die öffentliche Wohlfahrt in den Mittelpunkt stellen.

Als SPE-Vorstand **begrüßen wir die Endergebnisse der SPE-Arbeitsgruppe zu progressiven Reformen** als wertvollen Beitrag zur derzeitigen Debatte. Diese Endergebnisse sind eine progressive Alternative für ein Programm struktureller Reformen, die auf die folgenden drei Ziele ausgerichtet sind:

- **Steigerung von Europas Wachstumskapazität und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze;**
- **Verbesserung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit der Entwicklung Europas;**
- **Verringerung sozialer Ungleichheiten, Bekämpfung der Armut und Stärkung der Solidarität.**

Niemand sollte zurückgelassen werden. Unsere Vorstellung von Strukturreformen ist ausgerichtet auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten sowie auf die Festigung unseres europäischen Sozialmodells. Strukturreformen müssen Investitionen fördern, Europas Wachstum unterstützen und die Nachhaltigkeit festigen. Sie müssen den sozialen Zusammenhalt ebenso wiederherstellen wie die Chancengleichheit für alle Bürger Europas und sicherstellen, dass jeder seinen gerechten Beitrag leistet. Unsere progressiven Reformen fördern langfristig positive Auswirkungen auf Haushaltsebene, verbessern die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und die ökonomische Leistung.

Progressive Reformen müssen ein nachhaltiges europäisches Sozialmodell fördern

Das europäische Sozialmodell ist ein wesentliches wirtschaftliches und soziales Merkmal unserer Gesellschaften und keine Bürde. Ein fortschreitendes Europa, ein leistungsfähiges Europa ist nicht möglich ohne ein Europa, das schützt und fördert. Ein gerechtes und nachhaltiges Wohlfahrtssystem ist wesentlich für dieses Vorhaben. Wir sind überzeugt, dass Reformen, zusammen mit sozialen Investitionen und insbesondere Investitionen in Bildung und Innovation unser Gesellschaftsmodell konsolidieren sollten. Daher konzentrieren sich unsere Reformen auf menschenwürdige Arbeit, wirksamen Schutz, starke Sozialsysteme und die Bewältigung der Herausforderungen einer sich wandelnden Wirtschaft. Die Krise wird nur bewältigt, wenn alle Europäer die Auswirkungen einer verbesserten Wirtschaftslage in ihrem Alltag spüren.

■ *Progressive Reformen sind jene, die menschenwürdige Arbeit auf einem gerechten, gestärkten und wettbewerbsfähigen Arbeitsmarkt sowie einen starken sozialen Schutz für ein faires Wachstum fördern. Es sind solche Reformen, die es uns erlauben, uns an die Herausforderungen einer sich wandelnden Wirtschaft anzupassen, während sie die sozialen Rechte festigen. Es sind solche Reformen, die einen positiven langfristigen Effekt haben.*

Progressive Reformen müssen Innovationen für ein neues Wachstumsmodell und hochwertige Arbeitsplätze fördern

Die Krise ist für die Europäer noch immer eine bittere Realität, und eine deflationäre Spirale mit dauerhaften sozialen Auswirkungen droht immer noch.

Investitionen sind nötig, um kurz- und langfristige Arbeitsplätze zu schaffen und die Lebensqualität der Europäer zu verbessern. Bildungs- und Innovationsinvestitionen müssen ein Schlüsselfaktor unserer Antwort auf die Krise sein, in Bezug auf neue Technologien, Qualifizierungen, neue Wege zur Reaktion auf neue gesellschaftliche Bedürfnisse und neue Wege zur Organisation von Arbeit und Unternehmen. Eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik ist notwendig, aber sie allein wird nicht zum Überwinden der Krise ausreichen.

■ *Progressive Reformen sind jene, die zu tatsächlichem Fortschritt hin zu einer innovativen Wissenswirtschaft führen; jene, die eine europäische Industriepolitik unterstützen und einen Wandel zu einer grüneren Wirtschaft als Ausgangspunkt für Wachstum.*

Progressive Reformen müssen Investitionen sowie ein faires und effizientes Steuersystem fördern

Die Staatsschuldenkrise, ausschließliche Sparpolitik, Steuerhinterziehung in großem Maßstab und aggressive Steuerplanung haben die Kapazität der öffentlichen Hand in vielen Mitgliedstaaten erheblich beschränkt.

Um ihre Kapazität zur Investition in nachhaltiges Wachstum und als Anbieter öffentlicher Dienste wiederherzustellen, ist es grundlegend, dass die europäischen Staaten erneut die Mittel erhalten, um ihre Aufgaben zu erfüllen und die Auswirkungen der Staatsschulden auf das Wirtschaftswachstum in Angriff zu nehmen. Dies impliziert, dass die Erhebung von Steuern entscheidend verbessert werden muss, neue Einkommensquellen müssen gefunden und die Steuereinnahmen auf die sinnvollste Weise verwendet werden.

■ *Progressive Reformen sind jene, die eine bessere und gerechtere Besteuerung sowie ein effizientes Steuersystem fördern, das Schluss mit der Steuerhinterziehung macht. Es sind jene, die den Finanzsektor regulieren und die sinnvollste Verwendung der Steuereinnahmen fördern.*

Progressive Reformen müssen soziale Themen gleichstellen mit wirtschaftlichen Überlegungen

Wir wünschen uns ein Programm für einen positiven Wandel, das unterstützt wird von einer geeigneten Governance, und eine gefestigte demokratische Legitimität auf europäischer Ebene. Die EU und die Eurozone benötigen ein neues politisches

Instrument, mit dem soziale mit wirtschaftlichen Themen gleichgestellt werden. Die Entwicklung einer wirklichen sozioökonomischen Governance ist von wesentlicher Bedeutung. Wir wünschen uns eine derartige Governance, um in Europa eine erneute Konvergenz, eine starke Investitionskapazität sowie einzelstaatliche Eigenverantwortung für Reformen sicherzustellen, statt Universallösungen. Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen und die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik und Regelungen überprüfen. Wir möchten sicherstellen, dass die öffentlichen Haushalte ihre Rolle als soziale Schutzmechanismen und Investitionsträger spielen können und hierbei die Flexibilitätsvorschriften voll ausschöpfen.

Wir rufen unsere Mitgliedsparteien auf, dieses Paket an Vorschlägen zu berücksichtigen, wenn sie die Sozial- und Wirtschaftspolitik für das kommende Jahr im Rahmen des Europäischen Semesters und der nationalen Reformprogramme definieren.

Wir stehen als Sozialdemokratische Partei Europas für positive Reformen. Wir haben eine detaillierte, progressive Agenda von Reformen für die strukturellen Kernaufgaben, mit denen Europa konfrontiert ist. Unsere Reformen sind auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet und auf erhöhte Produktivität, Vollbeschäftigung und gut funktionierende öffentliche Sektoren gestützt. Wir stellen uns gegen die Reformvorschläge der Konservativen, die sich auf die Kürzung der Arbeitskosten und Privatisierungen konzentrieren, die zu zunehmenden Ungleichheiten und fast in die Deflation geführt haben.

Wir sind davon überzeugt, dass die EU und die Mitgliedstaaten einen solchen Wandel ihrer Politik benötigen. Progressive strukturelle Reformen werden nicht nur eine wirtschaftliche Erholung ermöglichen, sondern Europa auf den Pfad eines nachhaltigen Wachstums bringen, das all seinen Bürgern zugutekommt. ■

PROGRESSIVE REFORMEN SIND SOLCHE REFORMEN, DIE:

- **Wachstum steigern**
- **Nachhaltigkeit festigen**
- **Das europäische Sozialmodell stärken**
- **Die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze unterstützen**
- **Soziale Kohäsion wiederherstellen**
- **Chancengleichheit fördern**
- **Niemanden zurücklassen**

Progressive Reformen

Nach mehr als fünf Jahren in der Krise ist uns, den Europäischen Sozialdemokraten, ein erster Sieg gelungen, indem wir einen Wandel in der europäischen Diskussion herbeigeführt haben in Richtung von mehr wachstumsorientierter Politik. Zunehmend hat sich in der EU ein Konsens entwickelt, dass zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen mehr Investitionen notwendig sind. Jedoch gibt es einen Wettstreit der Ideen, **von welchen Reformen wachsende Investitionen begleitet werden sollen**. Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten, sowie zur Beibehaltung unseres europäischen Sozialmodells, **müssen wir zusammenarbeiten, um unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaften anzupassen**, indem wir die Teilhabe an einem neuen Wachstumsmodell beschleunigen. Hierbei sind allerdings zusätzlicher Deflationsdruck und wirtschaftliche Unsicherheit ebenso zu vermeiden, wie Minderungen bei Sozial- und Arbeitsstandards. Daher sind wir Strukturreformen verpflichtet, die das Wachstum in Europa verbessern, die Nachhaltigkeit bestärken sowie den sozialen Zusammenhalt und die Chancengleichheit wiederherstellen.

Unsere Vorschläge für **progressive Strukturreformen** richten sich auf folgende **Ziele** aus:

- **Beschleunigung der europäischen Wachstumsfähigkeit und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze;**
- **Verbesserung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit der europäischen Entwicklung;**
- **Abbau sozialer Ungleichheiten und Stärkung der Solidarität.**

Wir schlagen ein kohärentes, neues Paket progressiver Politik und Maßnahmen vor. Mit diesen Reformen soll Europa wieder auf die Spur gebracht, die Schaffung von Arbeitsplätzen wieder angekurbelt, erneute Konvergenz untermauert und niemand zurückgelassen werden. Unsere Reformen werden ebenso die Glaubwürdigkeit der EU unterstützen auf dem Weg zu erneutem Wachstum und der Erfüllung der Erwartungen ihrer Bürger. Die meisten dieser Reformen müssen von den Mitgliedstaaten implementiert werden, aber manche betreffen die Eurozone oder die EU als Ganzes.

1. Weiter-so-Lösungen für Europas lang anhaltende Wirtschaftskrise?

Seit Beginn der Krise bestand die Antwort der konservativen Mehrheiten in EU-Kommission und Europäischem Rat im Wesentlichen aus einer Kombination von Sparmaßnahmen und „Strukturreformen“, insbesondere innerhalb des europäischen Semesters der politischen Koordination. Obwohl die Konsequenzen der Krise in 2015 dramatisch bleiben, gelten strukturelle Reformen noch immer als ein Schlüssel zum Wachstum; und die europäischen Institutionen fordern erneut weitere Anstrengungen zu deren Implementierung¹. Das Konzept der „Strukturreformen“ ist weitaus älter als die aktuelle Krise. Ursprünglich diente es seit den 1990er Jahren als Referenz verschiedener politischer Initiativen mit dem Ziel einer Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft in Europa und in Entwicklungsländern. Es baut auf Bedingungen zur finanziellen Unterstützung seit den 1970er Jahren durch den IWF auf, die später weitgehend diskreditiert wurden. Allerdings überwiegt auch heute noch ein einseitiger Ansatz: die meisten der unter dem Etikett „Strukturreformen“ vorgeschobenen Reformen drängen auf Konkurrenzfähigkeit gestützt auf Arbeitskosten, eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, eine systematische Privatisierung und eine Begrenzung der Rolle des Staates in der Wirtschaft. Demzufolge wurde das Konzept struktureller Reformen allgemein als synonym mit der Demontage der sozialen Errungenschaften, mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes und mit der Verschlimmerung der sozialen Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise empfunden. Es ist an der Zeit, diese „Strukturreformen der ersten Generation“ in die Geschichte zu verbannen.

In Europa sind neoliberale Strukturreformen zu oft als Alternative zu mehr wachstumsfreundlichen Steuer- und Währungspolitiken in Anspruch genommen worden, mit dem Argument, dass nur sie eine expansive Auswirkung haben könnten und zur Senkung der Arbeitslosigkeit hinreichend seien. Jüngste Erfahrungen zeigen allerdings, dass diese auf Kosteneinsparung und Flexibilisierung der Arbeitskräfte zugeschnittenen Reformen nur eine kurzfristige Anpassung sind und tendenziell prozyklische², deflationäre Auswirkungen haben, ohne der Produktivität und langfristigen Wettbewerbsfähigkeit tatsächlich Schwung zu verleihen. Um diese deflationäre Auswirkung zu vermeiden, ohne der Gefahr von Vermögensblasen Vorschub zu leisten, **müssen Strukturreformen durch einen glaubwürdigen fiskalischen Stimulus ergänzt werden.** Zusätzliche Investitionen sind zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Senkung der Defizite auf nachhaltige und faire Weise erforderlich.

Einen guten Schritt hin zu einem besseren Konzept struktureller Reformen hat jüngst die EU-Kommission getan, die jetzt (größere) Strukturreformen in Mitgliedstaaten definiert als solche mit „direkten langfristigen positiven Haushaltseffekten, u. a. mit der Steigerung des potentiellen nachhaltigen Wachstums, und daher mit einer nachprüfbaren Auswirkung auf die langfristige Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen“.³ Eine derartige, auf nachhaltiges Wachstum ausgerichtete Definition könnte eine ziemlich breite Palette von Reformen umfassen, die als strukturell gelten könnten, im Gegensatz zum bisher vorherrschenden Sparkurs. Nach Jahren von einseitigen Reformen bleibt heute die Arbeitslosigkeit in der EU auf einem alarmierend hohen Niveau von 9,3%, gegenüber 7,5% vor der Krise, bei steigendem Anteil der langfristigen Arbeitslosigkeit. 7 Millionen mehr Personen als 2009 sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, d. h. insgesamt 122,6 Millionen. Die Bankenkrise hat sich in eine Staatsverschuldungskrise verwandelt, die den fiskalischen Handlungsspielraum zahlreicher Regierungen einengt, während gleichzeitig Kernaufgaben, wie der demografische Wandel, wachsende Missverhältnisse in und zwischen den Mitgliedstaaten, die globale Wettbewerbsfähigkeit oder der Klimawandel und ökologische Aufgaben auch weiterhin angegangen werden müssen. „Europa ist zunehmend ein geteilter Kontinent: Wachstum gegen Stagnation; wachsende Realeinkommen gegen fallende Realeinkommen; beeindruckender Zuwachs von Arbeitsplätzen gegen eindeutig höhere Arbeitslosigkeit“.⁴ **Dies zeigt klar die Notwendigkeit einer anderen Art von Strukturreformen, d. h. von progressiven Strukturreformen der „zweiten Generation“, die Europa wieder zurück auf den Pfad der Konvergenz und eines langfristigen, nachhaltigen und fairen Wachstums bringen.**

”

Zusätzliche Investitionen werden zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit benötigt.

¹ Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2015 und der Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2015 fordern beide weitere Anstrengungen bei strukturellen Reformen. Der im Frühling 2015 vom EU-Rat bestätigte Jahreswachstumsbericht der Kommission sieht Strukturreformen als Teil eines Politikmixes mit fiskalischer Verantwortung und gesteigerten Investitionen, während die Währungspolitik, Erwartungen zufolge, kurzfristig akkommodierend bleiben wird..

² Olivier J. Blanchard ; Daniel Leigh in Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers, IMF Arbeitspapier, Januar 2013; OECD forecasts during and after the crisis, a post-mortem; OECD Economics Department Policy Notes, N°23 Februar 2014

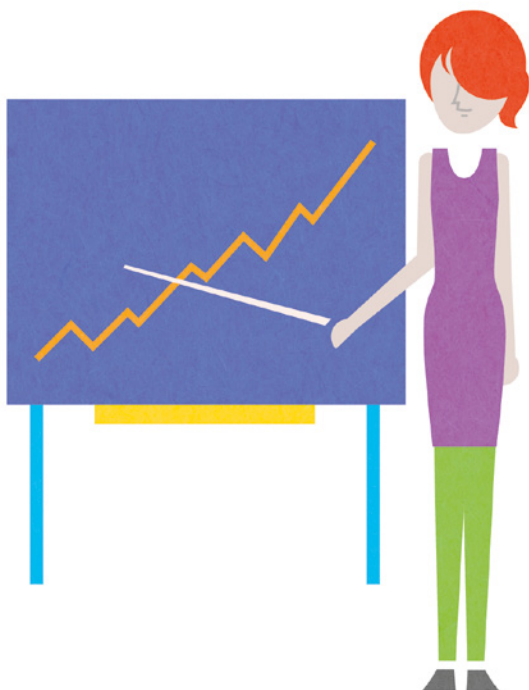
³ Artikel 5 der Verordnung des Rates (EC) Nr. 1466/97, zitiert in Kom(2015)12, bestmögliche Nutzung der Flexibilität im Rahmen der bestehenden Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts'

⁴ Patrick Diamond, Roger Liddle und Daniel Sage in: „The Social reality of Europe after the crisis, trends, challenges and responses“; Policy Network and Foundation for European Progressive Studies, 2015.



Wir brauchen
ein nachhaltiges
Sozialmodell,
gute Arbeit und
ein gerechtes
Steuersystem.

2. Ein alternatives Paket progressiver Struktur- reformen



Strukturreformen sollten weitgehend als organisatorische oder institutionelle Veränderungen verstanden werden, die zu besseren wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen beitragen. Reformen können keine Investitionen ersetzen, sie sind eher stark mit Investitionen verflochten. Wir brauchen „langfristige Strukturreformen, die die Produktivität steigern, neue Formen von Ungleichheit bekämpfen und für unsere Gesellschaften ein nachhaltiges Wachstumsmodell neu erfinden“.⁵ Darüber hinaus müssen wir die Bandbreite und Rangfolge der bevorstehenden Reformen neu überdenken.

Unsere Definition von Reformen behält die Kriterien eines langfristig positiven Haushaltseffekts, einer nachprüfbaren Auswirkung auf die langfristige Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen oder einer verbesserten Wirtschaftsleistung bei. Hinzu kommt das Kriterium von Reformen, die sofort Wachstum unterstützen, soziale Ungleichheit verringern und die Nachhaltigkeit verbessern, wenn sie mit Investitionen verbunden werden.

Dementsprechend sind die drei folgenden **Prioritäten** zentral bei unserer Arbeit für progressive Strukturreformen. Sie greifen die Ziele der EU auf, welche in Art. 3.3 TEU⁶ verbriefte sind.

- **ein nachhaltiges europäisches Sozialmodell;**
- **Innovationen für ein neues Wachstumsmodell und hochwertige Arbeitsplätze;**
- **Rückgewinnung der Investitionskapazität mit einem gerechten und effizienten Steuersystem.**

Auch wenn Strukturreformen meist als nationale Anstrengung gelten, sind wir der Ansicht, dass ein kohärentes Maßnahmenpaket ebenso die Ergreifung von Aktionen auf europäischer Ebene erfordert, insbesondere in Bezug auf die europäische sozioökonomische Steuerung und die Funktion der Wirtschafts- und Währungsunion. Dies spiegelt sich in unseren Vorschlägen in den drei oben herausgestellten Bereichen, sowie in einem spezifischen Abschnitt, der sich den auf europäischer Ebene notwendigen Reformen widmet, wider.

⁵ Olaf Cramme, Patrick Diamond und Michael McTernan in: *Progressive Politics after the Crash*; I.B Tauris Edition, 2013

⁶ Die Union wird einen internen Markt etablieren. Sie wird für die nachhaltige Entwicklung Europas arbeiten, gestützt auf einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum und Preisstabilität, einer hochkompetitiven sozialen Marktwirtschaft, mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts, einem hohen Schutzniveau und der Verbesserung der Qualität der Umwelt. Sie wird den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt fördern. Sie wird die soziale Ausgrenzung und Diskriminierung bekämpfen, und die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes fördern. Sie wird die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion sowie die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten fördern. Sie wird ihre reiche kulturelle und sprachliche Vielfalt respektieren, und sicherzustellen, dass das kulturelle Erbe Europas gesichert ist und erweitert wird.

”

Ein Europa, das
liefert, ist nicht
möglich, ohne
ein Europa,
das schützt und
ermöglicht.

3. Ein nachhaltiges europäisches Sozialmodell

Die Haushaltskonsolidierung in den vergangenen Jahren führte zu erheblichen Einschnitten in den öffentlichen Ausgaben. Das europäische Sozialmodell wurde in diesem Verfahren eher als Kostenfaktor als ein wesentlicher Wirtschafts- und Sozialfaktor unserer Gesellschaften behandelt. Ein Europa des Fortschritts, ein Europa, das Leistung bringt, ist nicht möglich ohne ein Europa, das schützt und ermöglicht. Ein Entkommen aus der Krise, das sich nur in wenigen verbesserten Statistiken widerspiegelt, ist der derzeitigen Anstrengungen nicht wert. Die Krise wird erst dann vorbei sein, wenn Europäer quer durch die Bank den Eindruck haben, dass sich die wirtschaftliche Lage in ihrem alltäglichen Leben verbessert hat. Ein gerechtes und nachhaltiges Wohlfahrtswesen ist wesentlich bei diesen Bemühungen. Wir sind überzeugt, dass Reformen, zusammen mit sozialen Investitionen, die Konsolidierung unseres Sozialmodells unterstützen sollten. Die Reformen, die wir fördern möchten, sind komplementär zu unserer Verpflichtung für die Einführung einer Sozialklausel in das europäische Primärrecht und zum Wandel in der europäischen Governance, wie wir sie in der PES-Erklärung „Towards a Social Union“⁷ fordern. Unsere Reformen konzentrieren sich auf menschenwürdige Arbeit, einen effizienten Schutz und auf die Bewältigung der Aufgaben einer Wirtschaft im Wandel.

⁷ Erklärung der SPE-Minister für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung, verabschiedet am 27.02.2013.



Nachhaltiges Sozialmodell – wenig

Unsere progressiven Reformen sind darauf ausgelegt, Leuten wie Tom und Sara zu helfen. Sie wollen die Möglichkeit haben, einen angemessenen Lohn zu verdienen, Karriere zu machen und ihre Familien zu fördern.

Menschenwürdige Arbeit

- Jugendgarantie
- Mindestlohn
- Arbeitnehmerrechte
- Innovation
- Sozialer Dialogl



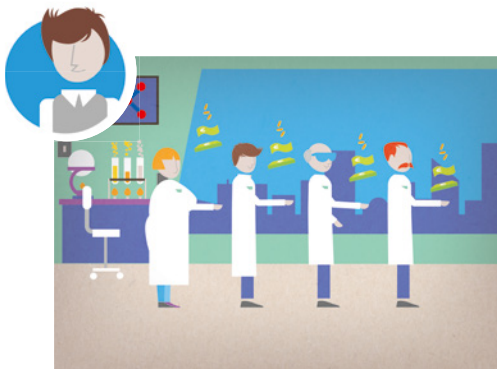
Als Sara die Schule verließ, stellte die Jugendgarantie für sie eine Ausbildung bereit.



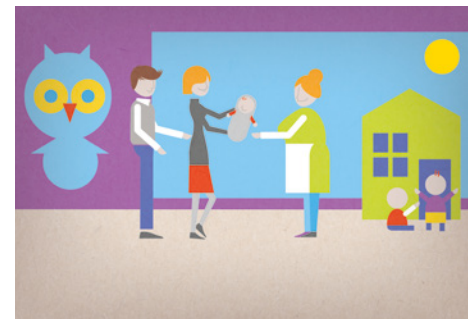
Dank dieser Ausbildung erlernte Sara Berufsfähigkeiten, mit denen sie einen Arbeitsplatz in einem auf grüne Technik spezialisierten Unternehmen fand.

Ein schützendes Europa für

- Kampf gegen Diskriminierung
- Gleichstellung der Geschlechter
- Mindesteinkommen
- Sozialfürsorge
- Betreuung von Kindern und Alten
- Allgemeiner Zugang zur Gesundheitsfürsorge
- Gerechtes System der Alterssicherung



Im Labor, in dem Tom arbeitet, erhalten alle Beschäftigten, Frauen wie Männer, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.



Das Kind von Tom und seiner Partnerin wird gut versorgt in einer guten Kinderbetreuung nahe ihrer Wohnung, so dass beide Eltern außer Haus arbeiten können.

Eine sozialere Wirtschaft

- Hochwertige öffentliche Dienste
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Investitionen in soziale Dienste
- Unterstützung der Solidarwirtschaft
- Arbeit für die Allgemeinheit



Als Saras Vater alt und gebrechlich wurde, wandte sich Sara an die Sozialdienste um Hilfe, die sich um ihn kümmern.



Qualifizierte Menschen kümmern sich um Saras Vater. Dieser öffentliche Dienst schafft hochwertige Arbeitsplätze.

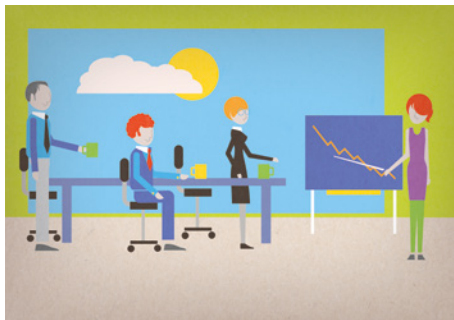
er Ungleichheiten, mehr Wachstum



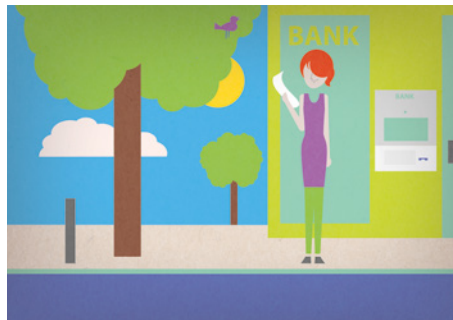
Name: Sara
Age: 28
Karriereziele: Ein gutes Einkommen zu haben und in führender Position zu arbeiten
Hobbys: Gitarre spielen



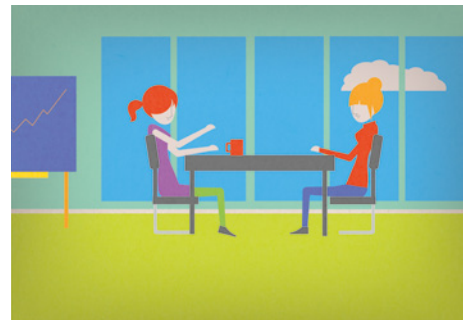
Name: Tom
Age: 45
Karriereziele: Flexible Arbeitszeiten, die ihm eine gute Work-Life-Balance ermöglichen
Hobbies: Jogging



Saras Arbeit ist die Entwicklung neuer, energiesparender Produkte.



Als Sara mit der Arbeit begann, erhielt sie dank des Mindestlohns einen menschenwürdigen Lohn.



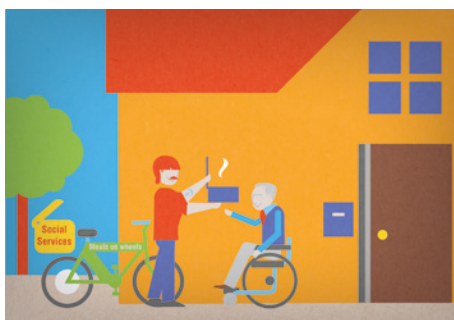
Dank eines guten Sozialdialogs in ihrem Unternehmen hat Sara den Eindruck, dass sie alle in der Arbeit auftretenden Probleme dank Unterstützung ihrer Gewerkschaft leicht lösen kann.



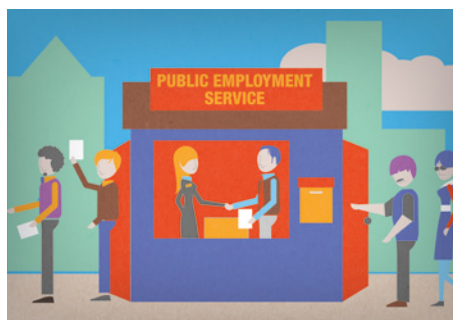
Als Tom leider krank wurde, wusste er, dass er leicht einen Arzt finden würde und sich die erforderliche Fürsorge leisten konnte.



Tom weiß, dass er im Rentenalter eine gerechte und menschenwürdige Rente haben wird.



Er ist auch für „Essen auf Rädern“ angemeldet, für das eine Firma aus der Solidarwirtschaft sorgt. Seine Mahlzeiten werden von Menschen auf der Suche nach Wiedereingliederung zubereitet.



Derartige Dienste schaffen Arbeitsplätze und helfen Bedürftigen, d.h. jeder hat einen Vorteil.

3.1 Menschen- würdige Arbeit auf einem gerechten Arbeits- markt.

„

Wir brauchen
anständige
Mindestlöhne
in allen
Mitglieds-
staaten.

Ein flexiblerer Arbeitsmarkt ist bisher ein Kernelement der europäischen „Strukturreformen der ersten Generation“ gewesen und diente als Grundlage für eine Lockerung des Arbeitsschutzes, eine Begrenzung der Rechte der Arbeitnehmer und Gewerkschaften und für eine Senkung der Arbeitslosenunterstützung. Während die vorgeblichen Gewinne bei Produktivität und Konkurrenzfähigkeit noch nachgewiesen werden müssen, machen die zunehmende Armut trotz Erwerbstätigkeit sowie prekäre Arbeitsverträge, die sich aus diesen Reformen ergaben, sowie die fortwährenden dramatischen Arbeitslosenzahlen und Armut die Notwendigkeit eines anderen Ansatzes deutlich. Insbesondere ist es wichtig, Konkurrenzfähigkeit anstatt auf Kosten von Innovation, Belastbarkeit und Produktivität neu auszurichten, und unsere Anstrengungen neu auf hochwertige Arbeit und menschenwürdige Löhne zu justieren, so dass verhindert wird, dass wenige in den Genuss der unterstellten Wettbewerbsvorsprünge kommen und eine Mehrheit auf der Strecke bleibt. Dies ist umso wichtiger, da internationale Organisationen jetzt nahelegen, dass sich Einkommensunterschiede negativ und signifikant auf das Wachstum auswirken [...], sei es über die Nachfrage, Investitionen oder Verschlechterung des Humankapitals.⁸ Daher ist eine Politik zur Verringerung der Einkommensunterschiede und Gewährleistung sozialer Normen wichtig für die Förderung des langfristigen Wachstums.

Es ist ebenso wichtig, anzuerkennen, dass ein verstärkter sozialer Dialog ein Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen einer gesunden Wirtschaft ist. So hebt die EU-Kommission hervor: „In Ländern, in denen der soziale Dialog gut etabliert ist, ist die wirtschaftliche Lage günstiger und tendiert zu weniger Spannungen. Ebenso befinden sich Länder mit starkem sozialen Dialog unter den konkurrenzfähigsten in Europa.“⁹

⁸ Federico Cingano, in: *Trends in income inequality and its impact on Economic Growth*; OECD social, Employment and Migration Working Papers Nr. 163.

⁹ EU-Kommission 2015: „A new start for social dialogue“.

SPE-Vorschläge:

■ **Ein fortgesetztes Streben nach aufsteigender Konvergenz sozialer Standards** in ganz Europa würde vermeiden, dass Beschäftigungs- und Sozialpolitik als Stellvariablen bei einem Wirtschaftsschock eingesetzt werden. Des Weiteren könnte eine Reflexion über harmonisierte Normen begonnen werden, um sowohl einen starken sozialen Schutz zu gewährleisten und ein europäübergreifendes Sozialdumping zu vermeiden. Hierzu könnte ebenso eine Reform der Richtlinie zur Entsendung von Arbeitnehmern erheblich beitragen.

■ **Die Einführung menschenwürdiger Mindestlöhne** in allen Mitgliedstaaten, per Gesetz oder durch Tarifverhandlungen, kann erheblich zur Vermeidung von Armut trotz Berufstätigkeit und der Bekämpfung von Ungleichheiten beitragen. Gleichzeitig sind ein unfairer Lohnwettbewerb und Niedriglöhne in manchen Ländern wesentliche Gründe für geringen Konsum und Investitionen in Europa, während viele an der Spitze der Vermögensverteilung akkumulierten Sparüberschüsse außerhalb von Europa investiert oder zu spekulativen Zwecken verwendet werden. Die Wahrung oder Steigerung der Kaufkraft von Erwerbstätigen sind entscheidend, insbesondere zur Bekämpfung deflationärer Tendenzen, zur Festigung der Inlandsnachfrage und zur Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten.

■ Die **Jugendgarantie** ist eine umfassende Strukturreform¹⁰ in Bezug auf die Funktionsweise von Arbeitsvermittlungsstellen und Aus-/Fortbildungssysteme sowie deren Kooperation mit Unternehmen, vor allem kleinen und mittleren Betrieben. Sie bedarf weiterer Anstrengungen, um volle Leistung zu erbringen, und sollte daher besser innerhalb des Europäischen Semesters kontrolliert werden. Zwecks voller Implementierung sollten, gemäß Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation, eine **Erhöhung der Finanzmittel der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen auf jährlich 21 Milliarden¹¹**, sowie eine Ausweitung der Altersgrenze auf 30 Jahre in Betracht gezogen werden, um jungen Menschen den Übergang von der Ausbildung in Beschäftigung zu erleichtern.

■ Die Einführung von **Mindestnormen für aktive Arbeitsmarktpolitik** würde sicherstellen, dass sie wirksam dazu beiträgt, einen Arbeitsplatz zu finden, mit Beratung und Umschulung gemäß dem individuellen Bedarf, statt weiterer Schlechterstellung der Arbeitslosen und Verringerung ihrer Rechte. Die Jugendgarantie ist in dieser Hinsicht ein gutes Vorbild.

■ Wege, um die **Segmentierung der Arbeitsmärkte** einzuschränken, ohne die Rechte zu verringern, sollten untersucht werden, um den Zugang zu

hochwertigen Arbeitsplätzen zu erleichtern, prekäre und Nullstunden-Verträge zu beenden und die Aufwärtskonvergenz hin zu gemeinsamen Beschäftigungsnormen zu fördern.

■ **Maßnahmen, um Familien- und Berufsleben in Einklang zu bringen**, steigern die Produktivität, indem sie die Motivation und Gesundheit der Beschäftigten fördern. **Investitionen in hochwertige Kinder- und Altenbetreuung sind ein wichtiger Weg**, über den mehr Frauen und Männer am Arbeitsmarkt teilhaben können.

■ **Die Förderung der Vielfalt und Bekämpfung der Diskriminierung** innerhalb der Arbeitsstrukturen, sei es für LGBTI-Personen oder solche mit Migrationshintergrund, sollte mittels Dialog und Aktionen mit Gewerkschaften, Berufsverbänden und Arbeitgebern gefördert werden.

■ **Ein verbindliches Ziel einer Verringerung des Lohngefälles um jährlich 2 %** in jedem Mitgliedstaat wäre ein eindrucksvoller Schritt hin zur Gleichstellung der Geschlechter. Eine überarbeitete **Mutterschutzrichtlinie** sollte in der EU ein Mindestniveau von bezahltem Urlaub und Schutz gewährleisten.

■ **Eine Stärkung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen**, mittels Demokratie am Arbeitsplatz innerhalb der Unternehmen sowie einer breiteren Sozialpartnerschaft innerhalb der Branchen, würde dem Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dienen. Dies würde gleichfalls die **Identifizierung besserer Modelle der Arbeitsorganisation** fördern, Initiative und Kreativität sowie dezentrale, situationsangepasste und flexible Lösungen ermöglichen, die sich an den Wandel in Wirtschaft und sozialen Bedingungen anpassen, während der soziale Friede bewahrt und die Arbeitnehmerrechte respektiert werden.

¹⁰ The EU Youth Guarantee; MEMO der EU-Kommission vom 08.10.2014.

¹¹ Eurozone jobs crisis: trends and policy responses; Internationale Arbeitsorganisation, International Institute for Labour Studies, 2012.



3.2

Ein wirksamer Schutz für ein gerechtes Wachstum

Während soziale Herausforderungen und Missverhältnisse in Europa zunehmen, übt der Sparkurs erheblichen Druck auf die Sozialsysteme in Europa aus. Da es wichtig ist, den sozialen Schutz an die Aufgaben in einer alternden Gesellschaft anzupassen und die Kosten auf ein nachhaltiges Maß zu beschränken, so ist es weder akzeptabel noch wirtschaftlich wünschenswert¹², einfach die öffentlichen Sozialausgaben zu beschneiden.

Es ist an der Zeit, daran zu erinnern, dass **sozialer Schutz, neben seiner positiven sozialen Auswirkung, wirtschaftlich stabilisierend auf Angebot und Nachfrage wirkt**¹³. Sozialausgaben tragen zur Bekämpfung von Ungleichheiten, erhöhter Kaufkraft und höherer Inlandsnachfrage bei, und fördern damit das Wirtschaftswachstum. Soziale Investitionen, wie in Bildung, Berufsbildung und Angebote für lebenslanges Lernen, Arbeitsmarkt-Übergänge, Kinderbetreuung oder andere soziale Dienstleistungen sind grundlegend, damit gut ausgebildete, hochmotivierte und gesunde Arbeitskräfte während ihres Lebens zum wirtschaftlichen Fortschritt beitragen können. Mindesteinkommens und ähnliche Sicherheitsnetze haben eine vitale Bedeutung für die Unterstützung der sozialen Inklusion und um Menschen wieder zu einem Neustart zu verhelfen.

Beim Kampf gegen die Demontage unserer sozialen Schutzsysteme und der Förderung von Investitionen in soziale Sicherung geht es daher nicht nur um soziale Gerechtigkeit, sondern auch um wirtschaftliche Effizienz.



¹² „Es wäre noch stets ein Fehler, sich auf Wachstum zu konzentrieren und Diskrepanzen sich selbst zu überlassen; nicht nur weil Diskrepanzen ethisch unerwünscht sein könnten, sondern ebenso weil das resultierende Wachstum gering und nicht nachhaltig sein könnte.“ Jonathan D. Ostry, Andrew Berg und Charalambos G. Tsangarides: *Redistribution, Inequality, and Growth*, IMF Staff Discussion Note, Februar 2014; SDN/14/02

¹³ Siehe Beispiel: *Social Protection budgets in the crisis in the EU*; EU-Kommission; DG EMPL Working Paper 01/2013

SPE-Vorschläge:

■ Ein europaweites System von **Mindesteinkommen** würde helfen, die Armut zu verringern und Ungleichheiten zu bekämpfen, während sie auch dazu beitragen, dass makroökonomische Anpassungen auf sozial vertretbare Weise erfolgen.

■ Die **Gewährleistung eines allgemeinen Zugangs zur medizinischen Grundversorgung** ist eine soziale Investition, die dazu beiträgt, unnötige Inanspruchnahmen von Fachärzten und Klinikbetreuung zu verringern, und auf diese Weise die Gesundheitsausgaben senkt.

■ Es bedarf einer größeren Konzentration auf **die Vorverteilung** (pre-distribution). Hochwertige Ausbildung und soziale Dienste müssen für alle zugänglich sein, um die Fähigkeiten der Menschen zu festigen, uneingeschränkt an Beschäftigung und sozialem Leben teilhaben zu können, von der Wiege bis ins hohe Alter. In Verbindung mit robusten Umverteilungsnetzen hilft ein **Ansatz für soziale Investitionen** zur Festigung der Widerstandskraft der Menschen gegenüber wirtschaftlichen Erschütterungen.

■ Demografische Entwicklungen erhöhen den Bedarf an **Reformen des Rentensystems**. Während eine Erhöhung des effektiven Rentenalters wichtig für die Nachhaltigkeit und Angemessenheit der Rentensysteme ist, unter voller Beachtung einzelstaatlicher Besonderheiten, kommt es darauf an, die Rentenreformen in einer Weise zu kalibrieren, die den Unterschieden in der **Beschwerlichkeit der Arbeit berufsübergreifend** besser gerecht wird. Insbesondere ihr Auswirken auf ein Leben in guter Gesundheit, tatsächliche lebenslange Fortbildungsmöglichkeiten und die effektive Möglichkeit für ältere Arbeitnehmer, bis zum Rentenalter beschäftigt zu bleiben. Gleichzeitig müssen Fortbildungen, Services und Vorkehrungen des Pensionssystems zur Unterstützung **aktiven Alterns** gefördert werden, damit mehr Menschen, wenn sie dies wünschen, auch nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters wirtschaftlich aktiv bleiben können.

■ Das **geschlechtsspezifische Rentengefälle** sollte nicht nur durch eine Senkung des geschlechtsspezifischen Beschäftigungs- und Lohngefälles in Angriff genommen werden, sondern ebenso durch die Berücksichtigung von Pflegeleistungen durch Männer und Frauen.

■ Eine **Orientierung öffentlicher und privater Rentenfonds hin zu langfristigeren Investitionen** mit geringerem Risiko könnte verfolgt werden, um kurzfristiges Finanz-Glücksspiel und das Risiko der Beitragzahler, ihre Pension zu verlieren, zu vermeiden.

■ Die **Beschränkung der Ausnahmen für Arbeitgeberverpflichtungen** zur Finanzierung der

Sozialversicherungssysteme durch Sozialbeiträge könnte zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung in Erwägung gezogen werden. Werden derartigen Ausnahmen benutzt, sollten sie systematisch kompensiert werden. Progressivere Regeln für Sozialversicherungsbeiträge könnten angesichts zunehmender Einkommensunterschiede erforderlich werden.

„
Das
europäische
Sozialmodell
stärken.“



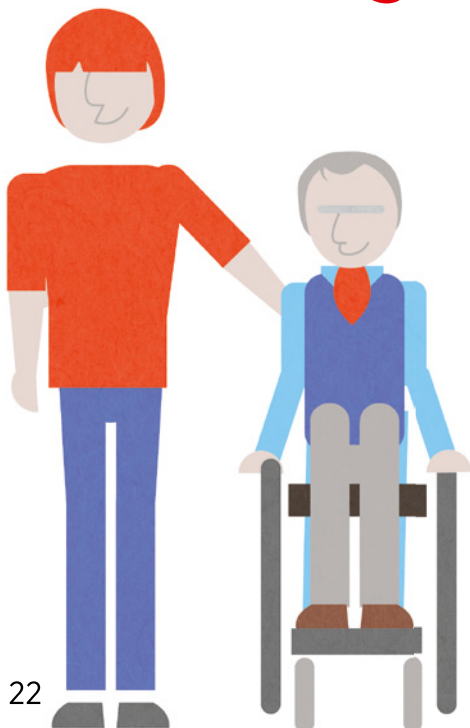
3.3

Die Herausforderungen einer sich wandelnden Wirtschaft meistern

Eine Sozialwirtschaft, die die Gesellschaft mit Waren und Dienstleistungen versorgt und hierbei Ziele von allgemeinem Interesse verfolgt, kann die öffentlichen Dienstleistungen nachdrücklich komplementieren und das Angebot sozialer Dienstleistungen ausweiten. Sie besitzt gleichzeitig ein hohes Potential für die Schaffung von Arbeitsplätzen und leistet Erhebliches in Wirtschaftsentwicklung und Wohlfahrt¹⁴. **Auch wenn die Sozialwirtschaft nicht die Rolle des Staates in der Versorgung mit öffentlichen Diensten übernehmen kann, so ist die Sozialwirtschaft ein relevanter Wirtschaftssektor und eine Quelle neuer Ansätze für derartige Dienstleistungen.** Die von ihr entwickelte Praxis, ihr Beitrag zu sozialen Innovationen, können fruchtbar zur Weiterentwicklung der öffentlichen Dienstleistungen im Allgemeinen beitragen. Gleichzeitig entwickeln sich andere Formen der Wirtschaft, der Arbeitsorganisation und Unternehmensmodelle. Sie eröffnen neue Möglichkeiten und stellen das europäische Sozialmodell vor neue Aufgaben. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit für das europäische Sozialmodell, zur Vermeidung des Anstiegs von Arbeitsplätzen, die keinen Zugang zu Sozialschutz geben, und zur Verbesserung und Ausweitung des Angebots sozialer Dienstleistungen ist es wichtig, dass das europäische Sozialmodell den Aufgaben gerecht wird und jene Möglichkeiten ergreift, die von einer Wirtschaft im Wandel geschaffen werden.

„

Sozialpartner müssen eingebunden werden.



¹⁴ EU-Kommission: *Social Economy and social entrepreneurship; Social Europe guide Band 4*, März 2013

SPE-Vorschläge:

■ **Investitionen in soziale Dienstleistungen und die Sozialwirtschaft sowie ein leichter Zugang für Organisationen der Sozialwirtschaft zur Finanzierung** können erheblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen, auch für benachteiligte Arbeitnehmer beitragen, während sie der Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung und einem stärkeren Zusammenhalt dienen.

■ Die **Förderung der Sozialwirtschaft, die Bereitstellung von Beratung und Unterstützung** über adäquate Unterstützungsnetze und Infrastrukturen, wie strategische Planungs- und Beratungsdienste und Gründerzentren, können die weitere Entwicklung der Sozialwirtschaft unterstützen.

■ Ein **klarer Gesetzesrahmen und eine homogenere Gesetzgebung** in Europa würden Hindernisse für die Entwicklung von Aktivitäten der Sozialwirtschaft beseitigen.

■ **Ausgewogene Partnerschaften zwischen öffentlichen Behörden und Akteuren der Sozialwirtschaft** können effiziente Wege entwickeln, über die die Öffentlichkeit mit Diensten versorgt und Innovation finanziert und hiermit zum Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzbeschaffung beigetragen wird. Sie würden ebenso den Austausch von Praxis zwischen öffentlichem und privatem Sektor festigen.

■ Des Weiteren sollten **neue Unternehmensmodelle**, die die Reinvestition von Gewinnen begünstigen, als innovationsfreundliche Maßnahmen unterstützt werden; sie begünstigen die erneute Investition von Gewinnen, die Mutualisierung des Besitzes von Unternehmen und die Teilhabe der Arbeitnehmer an der Unternehmensführung.

■ Die „**sharing economy**“ eröffnet neue Ansätze für wirtschaftliche Aktivitäten und insbesondere neue Modelle sowohl für Konsum als auch für die Bereitstellung von Dienstleistungen. Trotzdem stellen sich Fragen in Bezug auf die Einhaltung von Sozialgesetzen und Steuerpolitik. Daher wird **die Entwicklung eines adäquaten rechtlichen Rahmens gefordert**, der sich auf die kommerziellen Aspekte der sharing economy konzentriert, um Rechtssicherheit und gerechten Wettbewerb für Anbieter, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsbedingungen und Besteuerung, zu gewährleisten.

■ Die **soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen sollte verstärkt** und mit geeigneten Sanktionen verknüpft werden, insbesondere durch Haftung entlang der gesamten Versorgungskette. Alle Firmen in einer Subunternehmer-Kette sollten potentiell haftbar gemacht werden für ökologische und soziale Verstöße, einschließlich jener außerhalb der EU.

■ Bei Anpassung an sich wandelnde Beschäftigungsmuster und Arbeitsbedingungen ist die **Mitwirkung der Sozialpartner** wesentlich für den Übergang zu einem neuen Produktivitäts- und Konkurrenzfähigkeitsmodell, das die sozialen Standards und den Arbeitnehmerschutz verstärkt und nicht schwächt.

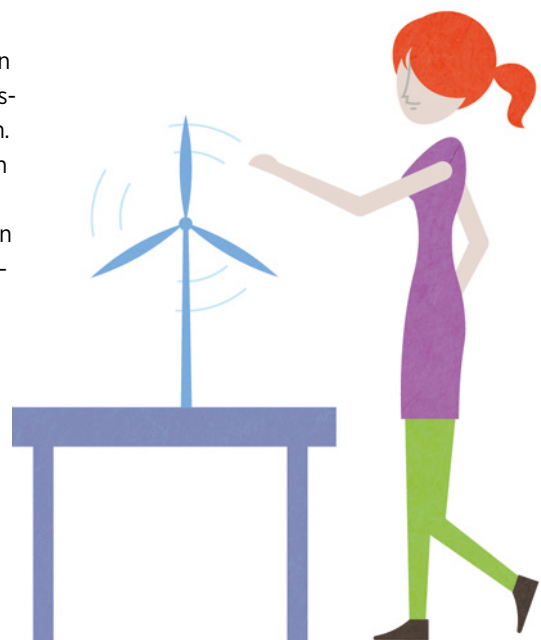
”

Investitionen
und progressive
Reformen: zwei
Grundpfeiler,
um die Krise zu
überwinden.

4.

Innovationen für ein neues Wachstumsmodell und hochwertige Arbeitsplätze

Die Krise ist immer noch eine bittere Wahrheit für Europäer; und die Bedrohung einer Deflationsspirale mit lang anhaltenden sozialen Konsequenzen ist präsenter denn je. Dies zeigt, dass eine korrekte Verwaltung der öffentlichen Haushalte allein nicht ausreicht, um die Krise abzuschütteln. Stattdessen sind kluge Investitionen nötig zur kurz- und längerfristigen Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung der Lebensqualität der Europäer. Innovation muss ein Kernelement unserer Antwort auf die Krise sein, sei es in Bezug auf neue Technik, neue Wege im Hinblick auf neuen gesellschaftlichen Bedarf oder neue Wege zur Organisation von Arbeit und Unternehmen. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen in den Bereichen **Wissen, Industrie und umweltverträglicher Wirtschaft** muss Hand in Hand mit erhöhten Investitionen gehen. Eine gute Koordination der Investitionen in Anlagevermögen und Technik einerseits und Investitionen in Berufsbildung und Bildung andererseits ist entscheidend. Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen, sowie der EU-Struktur- und Investitionsfonds sollten zur Erzeugung eines innovativen, nachhaltigen Wachstums und menschenwürdiger Arbeitsplätze beitragen. Allerdings wird selbst ihr kombinierter Effekt kaum ausreichen, um die jährliche Investitionslücke von 200 Mrd. € zu schließen, die in der EU allein in den Bereichen Breitband-, Energie- und Transportinfrastruktur identifiziert worden sind.



Neues Wachstumsmodell & H kluge Investitionen

Unsere Reformen unterstützen ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und stellen sicher, dass Tom, Sara und alle Bürger einen anständigen Job und gute Lebensqualität haben können.

Aus-/Fortbildung für eine wissensbasierte Wirtschaft

- Investitionen in Bildung
- Persönlichkeitsentwicklung
- Ausbildungsprogramme mit Arbeits-
erfahrung
- Hochwertige Praktika
- Beseitigung geschlechtsbezogener
Verzerrungen
- Investitionen in Forschung und
Entwicklung
- Lebenslanges Lernen



Tom und Sara sind bereit für den heutigen und zukünftigen Arbeitsplatz, da ihre progressive Regierung erheblich in Bildung investiert.



Als Teil seiner schulischen Ausbildung machte Tom eine Lehre in dem Labor, für das er jetzt arbeitet.

Europäische Industriepolitik

- Langfristige Planung
- Neue Produktionsmethoden und
Produkte
- Investitionen in Infrastrukturen
- Unterstützung von KMU und
Großunternehmen
- Aktive staatliche Unterstützung
- Eine digitalere Wirtschaft



In derselben Region angesiedelt, versorgt Toms Labor Saras Firma mit Material, das sie für die Produktion innovativer Waren braucht.



Das liegt daran, dass öffentliche Behörden in der Heimatregion von Tom und Sara die Entwicklung einer Industrie für grüne Technik geplant und unterstützt haben.

Grüne Wirtschaft: eine Wachstumsquelle

- Energieeffizienz-Verbesserung, vor
allem von Gebäuden
- Umweltsteuer für Treibhausgase
- Anreize für einen Wandel im Ener-
gieverbrauch
- Investitionen in erneuerbare
Energieträger
- Übergang zu einer
Kreislaufwirtschaft
- Eine bessere, für alle
erschwingliche Energie



Während das Finden neuer Wege zur Verringerung des Energieverbrauchs in Industrie und Zuhause eine Herausforderung ist, werden hiermit Arbeitsplätze geschaffen, wie Saras.

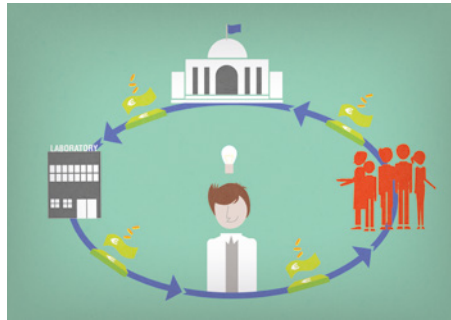


Da sie Windenergie entwickelt, erhält Saras Firma Steuerermäßigungen.

ochwertige Arbeitsplätze –



Tom erlernt dank eines internen Fortbildungsprogramms regelmäßig neue Techniken und schreitet in seiner Arbeit voran. Er ist ein wesentlicher Aktivposten im täglichen Arbeitsablauf des Labors.



Da seine Innovationen zum Vorteil aller sein können, erhält Toms Labor für Forschungs- und Entwicklungs-Investitionen Subventionen.



Wie so viele Unternehmen der Region ist Saras Firma ein KMU. Anfangs erhielt es eine Steuerermäßigung für ihre Beschäftigung.



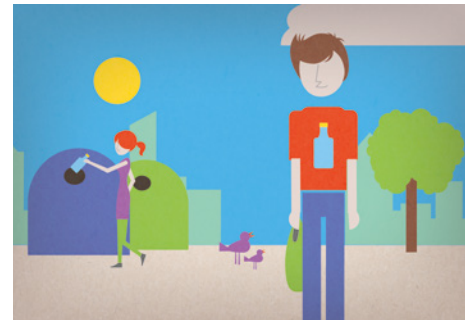
Jetzt verkaufen Toms und Saras Firmen ihre Produkte inner- und außerhalb der Region. Dies wurde möglich durch eine effiziente Transportinfrastruktur.



Saras Produkte verkaufen sich immer besser, da die geltenden Umweltsteuern Verbraucher zum Wechsel zu saubereren Energien ermutigt.



Weil Tom seine Wohnung isoliert hat, erhält er Steuerermäßigungen und seine Stromrechnung ist geringer.



Tom und Sara sortieren ihren Abfall. Sie wissen, ihre Plastikflasche könnte ihr nächster Pullover werden.

4.1

Investitionen im Bildungswesen für echte Fortschritte auf dem Weg zu einer innovativen Wissensgesellschaft

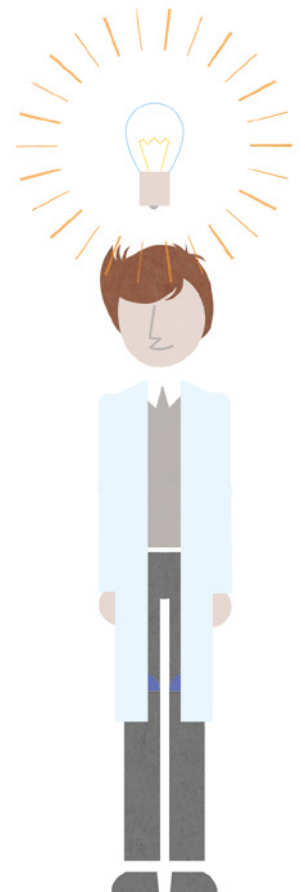
Nachhaltiges Wachstum in einer modernen Gesellschaft erfordert eine stets besser ausgebildete Bevölkerung. Investitionen in die Bildungsinfrastruktur und in Menschen, um Fähigkeiten, Kompetenzen und Wissen zu entwickeln, ist wesentlich, damit sich alle am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft beteiligen können.

Der Erfolg der Wirtschaft Europas hängt zunehmend vom Erfolg ihrer Verwandlung in eine wissensbasierte Wirtschaft ab. Innovation ist ein zentrales Merkmal dieses Prozesses, da sie dem Wissen Mehrwert verleiht, zur Schaffung neuer Produkte und Dienstleistungen führt und zum Hauptantrieb für ein klügeres Wachstum werden kann mit mehr und besseren Arbeitsplätzen. Es ist wesentlich, **Unternehmen in die Lage zu versetzen, die innovativsten Produkte und Dienstleistungen von höchster Qualität für die größte Anzahl von Verbrauchern zu liefern.**

Wenn der private Sektor eine klare Rolle bei der Erhöhung der Innovationskapazität Europas zu spielen hat, so ist der unternehmerische Staat ebenso entscheidend für die Innovation, sei es direkt durch öffentliche Forschung und Ausbildung oder indirekt, indem er eine Innovationsstrategie anbietet sowie die Innovationsbedingungen für den privaten Sektor, wenn sie eine Beschäftigungsqualität gewährleisten und das rechtliche Umfeld absichert. Daher sollten beide, privater und öffentlicher Sektor, die Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten europäischer Bürger, Investitionen in Humankapital, in hochwertige Ausbildung und in Forschung und Entwicklung fördern.

„

3 % des BIP als Investitionen in Forschung und Entwicklung.



SPE-Vorschläge:

■ **Ausbildung ist ein öffentliches Gut, in das es zu investieren gilt.** Die Mitgliedstaaten sollten mindestens 6 % ihres jeweiligen BIP in Aus- und Fortbildung investieren, und gleichzeitig auf eine Maximierung der sozialen und wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Investition setzen.

■ Die Förderung einer **Konvergenz von Standards in der höheren Bildung und Berufsbildung** kann zur besseren Anerkennung verhelfen und zur Überbrückung der Diskrepanzen bei Berufsqualifikationen beitragen, mit denen Arbeitnehmer und Unternehmen konfrontiert sind. Insbesondere müssen digitale Kompetenz und fortschrittlichere ICT-Qualifikationen gefördert werden.

■ **Die Einführung dualer Ausbildungsprogramme in allen Mitgliedstaaten sollte gefördert werden,** auch im Kontext der Jugendgarantie. Sie sollte allerdings nie Vorrang haben über das Ausbildungsziel der Förderung der Selbstentwicklung als Individuum und Bürger, und eine solide Grundlage für eine lebenslange Anpassungsfähigkeit an Wirtschaftsentwicklungen bieten. Die Kombination von Ausbildung im Klassenraum mit praktischer Berufsbildung und Arbeitserfahrung ist eine bewährte Methode zur Beschleunigung der beruflichen Qualifikationen der Auszubildenden. Sie sollten auf Qualitätsnormen für Ausbildungsplätze und Anreize oder Verpflichtungen für Unternehmen einer bestimmten Größe beruhen, Ausbildungsplätze anzubieten. Berufliche Aus- und Fortbildung sollte den Zugang zu Fortbildung und Lehrstellen; Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungssystemen, höherer Ausbildung und dem Arbeitsmarkt; sowie eine persönliche Entwicklung für Auszubildende gewährleisten.

■ Die Einrichtung von **Bildungsprogrammen am Arbeitsplatz**, die mit Firmen aus Sektoren mit hohem Arbeitsbeschaffungspotential gestaltet worden sind, können die Beschäftigung erheblich fördern, indem sie bestehende Berufsqualifikations-Diskrepanzen bekämpfen und direkte Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Nutzern solcher Programme herstellen.

■ Neue Investitionen und Maßnahmen sollten ebenso die **Beseitigung von geschlechtsspezifischen Verzerrungen** in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt fördern, insbesondere sollten mehr Frauen zur Aufnahme naturwissenschaftlicher, technischer, ingenieurtechnischer und mathematischer Curricula (MINT-Fächer) ermutigt werden.

■ Forschung und Entwicklung, sowie Innovation sind grundlegend für die Produktivität und Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft. In dieser Hinsicht ist das Kernziel für Europa **2020 die Investition von 3 % des EU-BIP in Forschung und Entwicklung.**

Derartige Investitionen würden sich nicht notwendigerweise auf neue Zukunftssektoren beschränken, sondern ebenso traditionelle und entwickelte Sektoren beinhalten, wie die Sektoren Stahl, Chemie und Automobil. Die Verwendung nationaler und **europäischer Fonds, insbesondere der EFSI- und Strukturfonds, könnte mehr auf die Überwindung regionaler Ungleichgewichte bei Innovationen ausgerichtet werden**, insbesondere in peripheren Regionen, u. a. durch die Unterstützung regionaler Innovationscluster und europaweiter Investitionsplattformen.

■ **Die Kooperation zwischen Staat und Privatsektor bei Innovationen** sollte verstärkt werden, um ein solides Zusammenspiel zwischen öffentlichem und privatem Sektor, Unternehmen und Forschung sowie zwischen Nachfrage und Angebot innovativer Lösungen sicher zu stellen.

■ **Lebenslanges Lernen als Recht** für jeden Beschäftigten in Europa könnte eine Anpassung an die sich ständig wandelnde Arbeitswelt und den schnellen technischen Fortschritt ermöglichen. Beschäftigte können nicht als Ware verstanden werden, derer man sich leicht entledigen kann, sondern als direkte Beitragende zum Erfolg eines Unternehmens.

■ **Die Anerkennung und Validierung beruflicher Fähigkeiten und Kompetenzen**, die durch nicht-formales und informelles Lernen erworben wurden, können weiteres Lernen und Beschäftigungsmöglichkeiten fördern.

■ Die Festlegung von **Qualitätsnormen und anständige Mindest-Arbeitsbedingungen für Praktikanten** und Lehrlinge ist wichtig für einen verbesserten Übergang von der Ausbildung in die Arbeitswelt.

■ Eine **engere Koordination von Innovations-, Wettbewerbs-, Industrie-, Bildungs-, Beschäftigungs-, Umwelt-, Klima-, Handels- und Forschungspolitik** auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene könnte sektorübergreifende Synergien begünstigen.

■ **Eine verbesserte Arbeitsorganisation, die eine echte Arbeitnehmerpartizipation erlaubt**, statt einer Überspezialisierung der Aufgaben, kann erheblich zur Motivation der Beschäftigten und erhöhter Innovation beitragen.

4.2 Eine europäische Industrie- politik

Die Industrie hat zentrale Bedeutung für die Wirtschaft Europas. Sie erzeugt 15 % des EU BIP¹⁵ und beschäftigt rund 40 Millionen Personen.

Ihre Interaktionen mit dem Rest des europäischen Wirtschaftsnetzes gehen weit über Fertigung hinaus, sie reichen von den Rohstoffen und der Energie bis hin zu Geschäfts- (z. B. Logistik) und Verbraucherdiensten. Fast jeder vierte Arbeitsplatz im privaten Sektor entfällt auf die Industrie, oft mit hoher Berufsqualifikation, während jeder zusätzliche Arbeitsplatz in der Fertigung 0,5 – 2 Arbeitsplätze in anderen Sektoren erzeugt. Die Industrie steht für mehr als 80 % der Exporte Europas und 80 % der privaten Forschung und Innovation¹⁶. Industriepolitik hat also eine zentrale Rolle bei Lösungen für andere Kernaufgaben, wie dem Klimawandel.

Deshalb sind wir von der zentralen Rolle der Industrie für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum in Europa überzeugt. Wir glauben, dass **Innovation (bei Produktionsmethoden und der Schaffung neuer Produkte) zu einer europäischen Industrie beitragen kann, die nicht nur in Bezug auf Preise konkurriert, sondern insbesondere bei der Qualität ihrer Produkte**. Unter weiteren Entwicklungen sorgt die Digitalisierung der Industrien für neue Möglichkeiten der europäischen Industrie, einen derartigen Wettbewerbsvorsprung zu erzielen. Besondere Aufmerksamkeit muss hierbei den mit der Digitalisierung verbundenen Möglichkeiten und Risiken geschenkt werden.

”

Der Industrie kommt eine Schlüsselrolle in der Schaffung von Jobs und Wachstum in Europa zu.



¹⁵ EU-Kommission: *Communication For a European Industrial Renaissance COM(2014) 14* endg.

¹⁶ Rueda-Cantuche, José M. a, Sousa, Nb., Andreoni, Va. und Arto, Ia.: „The Single Market as an engine for employment growth through the external trade“, Joint Research Centre, IPTS, Sevilla, 2011

SPE-Vorschläge:

■ EU und Mitgliedstaaten könnten eine **langfristige Planung der Industriepolitik** und Strategien **entwickeln**, die wirtschaftliche, industrielle, technologische und Beschäftigungsentwicklungen antizipieren und durch grenzüberschreitende Projekte die Entwicklung europäischer Industrie-Champions fördern.

■ Die Bereitstellung einer hochwertigen Infrastruktur für alle industriellen Akteure ist eine Vorbedingung, um mehr Investitionen für die europäische Industrie heranzuziehen und die industriellen Ungleichgewichte in Europa zu überwinden. Dies könnte per **erhöhter Investition in die Entwicklung, Instandhaltung und Erneuerung der physischen und wirtschaftlichen Infrastruktur** erfolgen (Zugang zu Energie, Transportnetzen und ICT), und Bevorzugung umweltfreundlicher Lösungen. Die EU-Finanzierung muss sich auf solche Projekte konzentrieren und die Konvergenz der Infrastrukturentwicklungsniveaus EU-weit fördern. Z. B. sollten Energie-Infrastrukturprojekte von gemeinsamem Interesse von EU-Fonds finanziert werden.

■ Anreize zur **Verstärkung der Versorgungskette, zwecks Schaffung neuer Verbindungen zwischen Unternehmen**, wie Technikplattformen, sowie zur Unterstützung der organisatorischen Innovation können weitgehend zu einer innovativen Industrie in Europa beitragen.

■ **Europäische Regelungen für staatliche Beihilfen könnten überarbeitet werden, um Regierungen eine aktive Unterstützung der Industrie** auf dem Weg zu mehr Innovation zu ermöglichen. Z. B. könnte sie öffentlichen Stellen und Ausschreibungsverfahren erlauben, mehr auf die Qualität der gelieferten Produkte und Dienste sowie auf soziale und ökologische Kriterien zu achten, anstatt Entscheidungen allein auf Preise zu stützen. Dies würde die Festlegung guter Normen fördern.

■ **Ein ausgewogenes Spielfeld für mittelstädtische und Großunternehmen, in Bezug auf Steuern, öffentliche Unterstützung und Rechtsvorschriften**, könnte dem Mittelstand helfen, da sie einen riesigen Beschäftigungs-Pool darstellen. Die **Überarbeitung der Initiative für Klein- und Mittelbetriebe** ist eine Möglichkeit, sich diesen Themen zu widmen.

■ **Klein- und Mittelbetriebe sollten mehr Unterstützung erhalten**, um die Krise zu überwinden und mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beginnen. Europäische und nationale Mikrokredit- und Mittelstands-Finanzierungsprogramme sind wichtige Instrumente auf diesem Weg. Das Potential der **Digitaltechnik**, als Sektor und Instrument zur Produktionsmodernisierung und zur besseren Berücksichtigung der Kundennachfrage, könnte ebenso weiter

erforscht und unterstützt werden. Diese Digitalisierung muss von einer aktiven industriellen Aus- und Fortbildungspolitik flankiert werden, um die Arbeitskräfte beruflich zu qualifizieren, umzuschulen und fortzubilden. Die Koordination wirtschaftlicher, sozialer und wissenschaftlicher Interessenträger würde dazu beitragen, Digitaltechnik auf beste Weise zu nutzen.

■ **Der Übergang zu einem digitalen Arbeitsumfeld darf nicht die europäischen Arbeits- und Beschäftigungsnormen aufweichen.** Wir müssen einen adäquaten sozialen Schutz, Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte im Übergang hin zu einem digitalen Arbeitsmarkt und -umfeld sicherstellen.

■ Ein **sicheres digitales Umfeld**, das die Sicherheit privater und Unternehmensdaten gewährleistet, ist wesentlich für die Digitalisierung von Wirtschaft und Industrie.

■ Die Re-Industrialisierung Europas kann eng verknüpft werden mit **einem Wende zu einer umweltverträglicheren Wirtschaft**, die das Potential für Ressourceneffizienz maximiert (siehe nächster Abschnitt).



4.3

Die Wende zu einer grüneren Wirtschaft als Wachstumsquelle

Auf internationaler Ebene hat die EU eine Schlüsselrolle im Kampf gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel gespielt. Diese internationale Verpflichtung in eine wirtschaftliche Realität zu übertragen ist nicht nur wichtig, um in diesen Themen eine globale Führungsrolle zurück zu gewinnen, für die Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf die Verwirklichung ihrer CO₂-Emissionsreduktionsziele, sondern ebenso für die Verbesserung der Leistungen unserer Wirtschaft. Grüne Technologien, insbesondere für Energie, ist ein Schlüssel für die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftsmodells. Sie sind auch eine wichtige potentielle Quelle für kurzfristiges Wachstum und Arbeitsplatzbeschaffung. **Sektoren, wie erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Recycling, und umweltverträgliche Transportlösungen, besitzen ein großes Arbeitsplatzbeschaffungs- und Innovationspotential.**

Gleichzeitig wird die Ressourcenknappheit, insbesondere bei natürlichen und seltenen Ressourcen, die Grenzen unseres derzeitigen Verbrauchsverhaltens aufzeigen. Eine größere Ressourceneffizienz wird den europäischen ökologischen Fußabdruck bei Treibhausgasemissionen, sowie bei der Verwendung von Land, Materialien und Wasser reduzieren. Sie wird dazu beitragen, die Konsequenzen von Mineral- und Erzbergbau, der Abfallverbrennung und Deponien verringern, während ebenso die Importabhängigkeit Europas von bestimmten Ressourcen sinkt.

Wir sind davon überzeugt, dass die EU ambitioniert in diese Sektoren investieren sollte, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen und das europäische Energie- und Ressourcenverbrauchsverhalten zu ändern. Europa muss einen Pioniervorteil in dieser Politik nutzen, der die EU-Industrien in die Lage versetzt, von den positiven Effekten auf Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzschaffung zu profitieren.

”

Unsere natürlichen
Lebensgrundlagen müssen
geschützt und unsere
Industrien wettbewerbs-
fähiger gemacht werden.

SPE-Vorschläge:

■ Höhere öffentliche und private Investitionen für **verbesserte Energieeffizienz von Gebäuden und Häusern** würde bis zu 80% Einsparungen im Energieverbrauch führen und eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen im Bauwesen schaffen, während Geringverdiener von der Last der Energieausgaben befreit würden. Subventionen für Energieeffizienz-Investitionen in arme Haushalte sind eine der klügsten Formen der Umverteilung.

■ **Stärkere Regulierung** könnte besser die Umgestaltung der europäischen Energieproduktion und des Energieverbrauchs unterstützen, zusammen mit einer grünen **Besteuerung der Treibhausgasemissionen**. Eine derartige grüne Steuer würde zusätzliches Einkommen für Investitionen generieren als auch ein starker Anreiz für eine Wende hin zu mehr erneuerbarer Energie im Energiemix und eine Wirtschaft mit niedrigem CO₂-Ausstoß sein. Die potentiell disproportionale Belastung schutzbedürftiger Verbraucher sollte mit adäquaten sozial- und energiepolitischen Maßnahmen kompensiert werden, um Energiearmut zu vermeiden, einschließlich Subventionen für energieeffiziente Investitionen in ärmeren Haushalten.

■ Die Anzahl der im Rahmen des **Emissionshandels-systems** herausgegebenen Kohlenstoffemissionszertifikate könnte mit der schnellen **Schaffung einer Marktstabilitätsreserve** reduziert werden, um eine erhebliche Anzahl dieser Zertifikate aus dem Verkehr zu nehmen. Dies würde eine Preissteigerung der Zertifikate, derzeit bei rund 7 EUR/t liegend, nachdrücklich unterstützen und ein starker Anreiz für eine Änderung im Energieverbrauch sein.

■ Eine Fertigstellung des europäischen Energiebinnenmarkts würde die Energiewende unterstützen. Dies könnte mit einer **Energieunion** erfolgen, die **Energieeffizienz, erneuerbare Energien und smarte Infrastruktur als Rückgrat besitzt**, und die Entwicklung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen EU-Industrie fördert.

■ Investitionen in **Energieeffizienz, erneuerbare Energie und andere grüne Technologien** sollte eine der Hauptprioritäten des Europäischen Fonds für strategische Investitionen sein.

■ Der Wechsel zu einem **dezentraleren und demokratischeren Energiemodell** könnte Bürger in die Lage versetzen, sich an der lokalen Energieproduktion zu beteiligen, von ihr zu profitieren und zur Gestaltung der europäischen Energiewende beizutragen.

■ Der Übergang zu einer umfassenden, **ressourcen-effizienten Kreislaufwirtschaft** die sich nicht nur auf die Abfallbehandlung konzentriert, sondern auch auf die Abfallvermeidung, könnte unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und unsere Industrien

wettbewerbsfähiger machen. Mit ihrer Arbeitsintensität bietet die Kreislaufwirtschaft, die Sammeln, Sortieren, Prüfung, Aufarbeitung und Wiederverkauf erfordert, darüber hinaus ein alle Berufsqualifikationen überspannendes Arbeitsplatzbeschaffungspotential, und trägt zum Wachstum bei.

■ Das „Abfallhierarchie“-Prinzip zur Vermeidung unnötiger Abfallbeseitigung¹⁷ sollte besser implementiert werden, z. B. durch **Vermeidung der Benutzung von Deponien und Abfallverbrennung** durch Besteuerung.

■ Verbraucher und die Umwelt würden von überarbeiteten **Ökodesign-Richtlinie** profitieren, die die Instandsetzung und Wiederverwendbarkeit von Materialien und Energieeffizienz fördert, um Abfall zu vermeiden.

¹⁷ Politik sollte auf die Vermeidung von Abfall abzielen; die Abfallaufbereitung zur Wiederverwendung ist die zweitbeste Lösung, gefolgt von Abfallrecycling, Abfallrückgewinnung und schließlich Verbrennung und Abfallablagerung.



”

Steuern sind
ein Instrument
für soziale
Gerechtigkeit.

5. Rückgewin- nung der Investitions- kapazität mittels eines gerechten und effizien- ten Steuer- systems

Besteuerung ist notwendig als Beitrag eines jeden, damit die Gesellschaft funktioniert. Es ist nicht nur eine Bürgerpflicht, sondern ebenso ein Instrument sozialer Gerechtigkeit, zur Änderung unseres Wachstumsmodells und Gestaltung unserer Gesellschaften. Die Besteuerung ist eine wesentliche Determinante für die Aufteilung von Rechten und Ressourcen in und zwischen Gesellschaften. Sie ist ein entscheidendes Instrument für die Bekämpfung von Ungleichheiten, zur Erzielung sozialer Gerechtigkeit, zur Festigung der Wohlfahrt in unseren Gesellschaften und zur Förderung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung.

Die Staatsschuldenkrise und die daraus resultierenden Prozesse zur Haushaltskonsolidierung einerseits, und groß angelegte Steuerumgehung und aggressive Steuerplanung andererseits, haben in vielen Mitgliedsstaaten die Kapazität öffentlicher Behörden zur Investition in nachhaltiges Wachstum und als Anbieter öffentlicher Dienstleistungen erheblich eingeschränkt. Zur Wiederherstellung dieser Kapazität ist es wichtig, dass europäische öffentliche Stellen die Mittel zurückerhalten, um ihre Aufgaben auszuführen. Da wir entschlossen sind, Haushaltsverantwortung zu übernehmen, muss die Steuererhebung entscheidend verbessert werden, neue Einkommensquellen müssen gefunden und die Steuereinnahmen müssen auf beste Weise genutzt werden.



Ein faires & effizientes Steuersystem

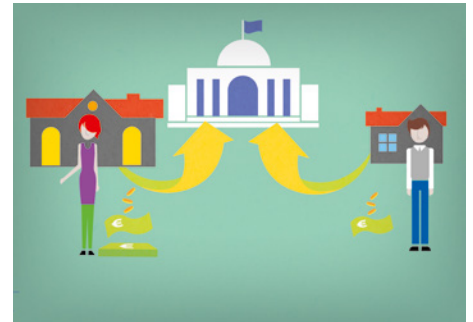
Tom und Sara sind sich bewusst, dass ihre Steuern zum Betrieb öffentlicher Dienste notwendig sind. Sie sind zuversichtlich, dass dieses Geld gut eingesetzt wird und dass jede und jeder, Individuen und Unternehmen, ihren fairen Beitrag leisten müssen.

Bessere und fairere Besteuerung: ein Instrument für soziale Fairness

- Gemeinsame Bemessungsgrundlage für Unternehmen
- Ende für „Vorzugsbehandlungs“-Steuervorbescheide
- Progressive Besteuerung von Einkommen und Immobilien
- Besteuerung von Boni und Optionsgeschäften
- Umweltfreundliche Besteuerung



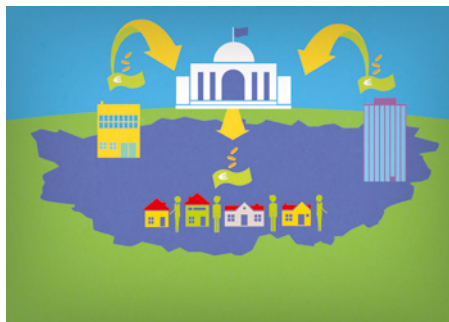
Alle Unternehmen, von Saras KMU bis zu weltweiten Konzernen, zahlen einen gerechten Steuerbetrag. Großunternehmen ist nicht erlaubt, ihre Größe zu benutzen, um eine Niedrigstbesteuerung zu fordern und einen Besteuerungswettbewerb zwischen den Ländern zu erzeugen. Wie Unternehmen tragen alle Einzelpersonen ihren fairen Beitrag zur Gesellschaft.



Dies bedeutet, dass Sara, die jetzt mehr als Tom verdient und deren Haus größer ist, mehr als Tom zahlt.

Steuerhinterziehung beenden und den Finanzsektor regulieren

- Land, in dem der Gewinn erwirtschaftet wird = Land der Besteuerung
- Bessere Zusammenarbeit zwischen Staaten bei der Betrugsbekämpfung
- Schwarzliste der Steueroasen
- Finanztransaktionssteuer
- Transparente Berichterstattung bei Multinationalen
- Transparenz und Regulierung der Schattenbanken
- Schutz der Steuerzahler gegen Bankenzusammenbrüche



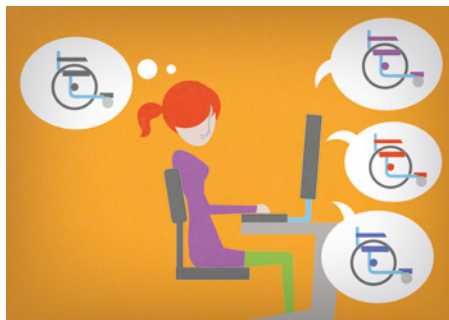
Tom und Saras Firmen zahlen ihre Steuern in dem Land, in dem sie tätig sind. Sie wissen, dieses Geld ist wichtig für die Finanzierung der Infrastruktur und Förderung der Innovation, dank derer sie fähige Beschäftigte finden und sich erfolgreich entwickeln können.



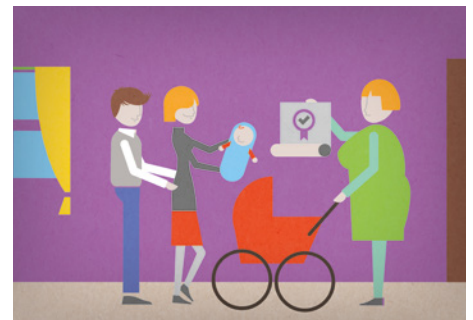
Seit Staaten stärker kooperieren und eine Liste von Steueroasen vereinbarten, zählt sich die Hinterziehung von Abgaben nicht aus.

Effiziente Ausgaben für hochwertige öffentliche Dienste

- Modernisierung öffentlicher Dienste
- Vereinfachung der Verfahren
- Bürgerbeteiligung
- Transparenz für öffentliche Ausgaben
- Reduzierung unnötiger administrativer Hindernisse
- Korruptionsbekämpfung
- Hochwertiges öffentliches Beschaffungswesen

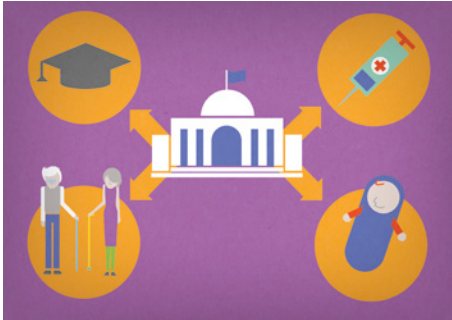


Per Internetsuche konnte Sara leicht die öffentlichen Dienste finden, die jetzt für ihren Vater sorgen.



Bei der Suche nach einem Kinderbetreuungsplatz erhielten Tom und seine Partnerin maßgeschneiderte Angebote von ihrem Stadtrat und konnten sich einfach anmelden.

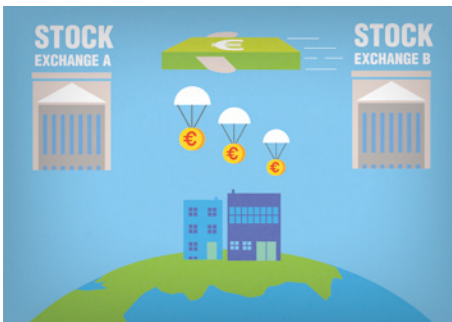
stem für bessere Investitionen



Beide wissen, dass ihr Geld zur Finanzierung der Ausbildung, welche sie genossen und sozialen Dienste, die sie erhalten, dient.



Die Besteuerung dient auch zur Ermutigung umweltfreundlichen Verhaltens. D.h. Tom und Sara werden geringer besteuert, weil sie Energie sparen. Umweltverschmutzer müssen mehr zahlen.



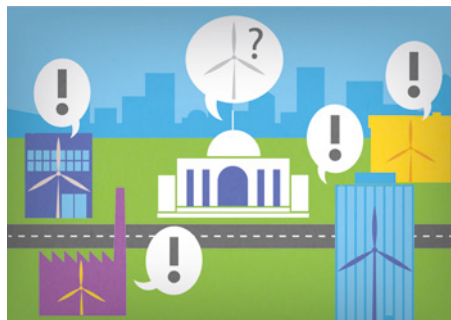
Die Finanztransaktionssteuer erhebt auf jede Transaktion einen winzigen Betrag und stellt somit sicher, dass der Finanzsektor wie Einzelpersonen und Firmen zur Gesellschaft beitragen.



Dank angemessener Regulierung wissen Tom und Sara, dass das Geld, das sie in der Bank anlegen, vor Finanzspekulationen sicher ist.



Tom, Sara und alle Bürger werden regelmäßig zu Vorhaben konsultiert, die von ihren kommunalen Behörden entwickelt werden. So können sie sich dazu äußern, wie öffentliches Geld ausgegeben wird.



Als Saras Firma ausgewählt wurde, ihr Rathaus mit Windkraftanlagen auszustatten, musste sie eine öffentliche, transparente Auswahl durchlaufen. Dies stellte die Auswahl des besten Angebots sicher und verhinderte jede Form von Korruption.

5.1

Neue, bessere und gerechtere Besteuerung

Steuern können als Kosten oder Anreiz erhebliche Auswirkung auf Wachstum und Beschäftigung haben. So hat der Rat für viele Jahre zugestimmt, dass die Reduzierung der Steuern auf Arbeit ein Weg zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ist.¹⁸ Verschiedene Realitäten existieren in der EU; und das „Nordische Modell“ zeigt, dass hohe Steuerraten mit hohen Beschäftigungsquoten kompatibel sind. Eingedenk, dass die Besteuerung der Arbeit unter anderen Faktoren die Funktionsweise des Arbeitsmarktes beeinflussen kann, könnten Unterschiede in der Besteuerung der Arbeit eingeführt werden. Aus Gründen der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit könnte sie schrittweise ansteigen mit Löhnen als Weg, Verluste in öffentlichen Einnahmen und damit Auswirkungen auf die soziale Sicherheit zu vermeiden¹⁹, im Gegensatz zu dem, was oft beobachtet werden konnte. Soweit betraf die Agenda der Strukturreformen hauptsächlich einen Wechsel der Besteuerung von der Arbeit hin zum Verbrauch (insbesondere MwSt.). Dies läuft allerdings tendenziell auf eine Verstärkung der Ungerechtigkeiten²⁰ hinaus, die ihrerseits tendenziell das Wachstum dämpfen. Des Weiteren hat die EU-Kommission geschlussfolgert, dass die Mitgliedstaaten mit der höchsten Besteuerung der Arbeit sie in den letzten Jahren nicht entscheidend gesenkt haben.²¹ Im Allgemeinen sollten Aktionsspielräume zur Implementierung einer wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Besteuerung in einer **effektiveren Besteuerung von Kapitalgewinnen und Reichtum** gesucht werden, **mit Konzentration auf die Spitze der Verteilungshierarchie**, sowie in einer **effektiveren** Unternehmensbesteuerung. Dies erfordert eine Begrenzung des steuerlichen Wettbewerbs zwischen Mitgliedstaaten, Vermeidung von Sozialdumping und des hier erzeugten „Wettlaufs nach unten“ für öffentliche Einnahmen²². Doppelte Nichtbesteuerung sollte vermieden; und das Prinzip, dass Steuern dort gezahlt werden müssen, wo der wirtschaftliche Wert

erzeugt worden ist, sollte ohne Einschränkung angewandt werden. **Graduelle Steuerkonvergenz wird zur Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit in der EU beitragen und die Fähigkeit der Regierungen festigen, nachhaltiges Wachstum zu unterstützen.**

Dies sollte Hand in Hand gehen mit einem nennenswert verstärkten Kampf gegen Steuerumgehung und aggressive Steuerplanung. Es gibt auch ein sehr positives Potential durch erhöhte Umweltsteuern, einschließlich jener zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen. Das Streben, so viel wie möglich aus den doppelten Vorzügen einer umweltfreundlichen Besteuerung zu gewinnen, sollte ein Kernelement jeder steuerpolitischen Strategie sein. Zusätzliche Steuermaßnahmen, Steuern oder Anreize, zwecks Regulierung des Finanzsektors können zur Komplementierung dieser Verlagerung der Steuerlasten anvisiert werden.

¹⁸ Siehe Beispiel: Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 14.-15. März 2013.

¹⁹ Die Steuerschere, die Differenz zwischen den Arbeitskosten für den Arbeitgeber und dem entsprechenden Nettolohn des Arbeitnehmers, besteht im Allgemeinen aus dem Sozialversicherungsbeitrag des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers, sowie der individuellen Einkommenssteuer.

²⁰ Eine Steigerung der indirekten Steuern, ist z.B. oft regressiv, wo diese Steuern den Waren- oder Dienstleistungsverbrauch betreffen, der einen größeren Anteil am Budget ärmerer als reicherer Haushalte stellt

²¹ European Commission, Tax Reforms in EU Member States 2014; in: European Economy 6/2014

²² ETUI, in: Benchmarking Working Europe 2015; S.17; Aufzeigen eines massiven allgemeinen Abfalls der Körperschaftssteuer von 1995 bis 2014

SPE-Vorschläge:

■ Die Verabschiedung einer **gemeinsamen konsolidierten Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern** in der EU ist ein wesentlicher und lange überfälliger Schritt zur Offenlegung des aktuellen Besteuerungsniveaus von Unternehmen, zur Identifizierung potentieller Steuerhinterziehung und effektiven Bekämpfung aggressiver Unternehmenssteuerplanung.

■ Die OECD erkennt an, dass die Bekämpfung von Missverhältnissen durch Steuer- und Transferpolitik Wachstum nicht beeinträchtigt.²³ Die Sicherstellung der **Progressivität der Einkommensbesteuerung** in der EU, eine stärkere **Vermögensbesteuerung und konsistente Erbschaftssteuer würden dazu beitragen sicher zu stellen, dass alle Bürger gemäß ihren Kapazitäten zu den Gesellschaften beitragen, in denen sie leben**, und ungerechte Steueroptimierung zu vermeiden.

■ **Progressive Immobilienbesteuerung, Besteuerung von Boni, Dividenden und Aktienoptionen** können gleichfalls zusätzliches Steuereinkommen generieren, und Missverhältnisse reduzieren.

■ EU und ihre Mitgliedstaaten könnten auf eine **Konvergenz der Körperschaftsteuersätze** hin arbeiten, mit einer Einigung auf harmonisierte Mindeststeuerstufen zur Vermeidung weiteren Steuerwettbewerbs. Eine solche Körperschaftssteuer wäre hinreichend progressiv, um den Mittelstand nicht zu überlasten, und sollte den Bedarf an wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Konvergenz berücksichtigen.

■ **Die Ausmerzungen der Praxis von „Amigo“-Steuerbescheiden**, d.h. spezifische bilaterale Steuervereinbarungen zwischen Unternehmen und Ländern, die den effektiven Besteuerungssatz des Unternehmens ungerechterweise senken, wäre ein Weg, um Steuertransparenz und -effizienz in Bezug auf multinationale Unternehmen sicher zu stellen. Es würde die aggressive Steuerplanung sowie den steuerlichen Wettbewerb zwischen Mitgliedstaaten eingrenzen.

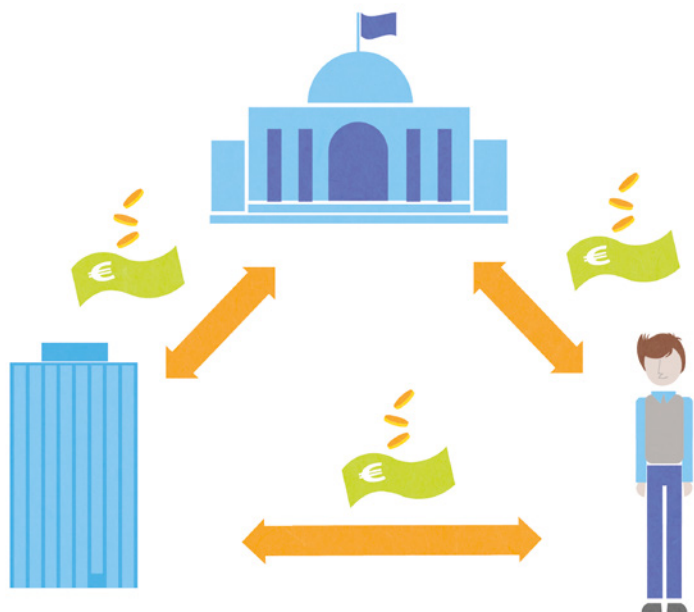
■ Ambitionierte **umweltverträgliche Energiebesteuerung**, bezogen auf CO₂-Emissionen, sind ein Weg zur Steigerung öffentlicher Einnahmen und Bewältigung ökologischer Aufgaben. Die Besteuerung ökologischer Auswirkungen ist ebenso ein wichtiges Instrument und eine neue Einnahmenquelle, die den Übergang zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell unterstützt.

■ Der **Einsatz von Steueranreizen** kann anvisiert werden, um **spezifische Politik zu unterstützen** (z. B. mit klaren Zielsetzungen in Bezug auf Beschäftigung von jungen Menschen oder Energieverbrauch). Es sollte besonders darauf geachtet werden, dass diese

Anreize **weder Verzerrungen** zwischen verschiedenen Arten von Nutznießern **herbeiführen**, insbesondere zwischen multinationalen und mittelständischen Unternehmen, noch die Progressivität, Konsistenz und Effizienz des Steuersystems beeinträchtigen.

„

Steuern sind dort zu zahlen, wo Gewinne erzielt werden.



²³ <http://www.oecd.org/els/soc/Focus-Inequality-and-Growth-2014.pdf>

5.2

Ein effizientes Steuersystem, das Steuerbetrug beendet und den Finanzsektor reguliert



Die Beseitigung von Ungleichheiten steht im Mittelpunkt unserer Wachstumsstrategie.

Steuerbetrug, -hinterziehung und -umgehung kosten die EU-Regierungen schätzungsweise eine Billion Euro jährlich²⁴. Der aktuelle Steuerverlust in der EU übersteigt den Gesamtbetrag, den die Mitgliedstaaten für Gesundheitsfürsorge ausgeben, und entspricht mehr als dem Vierfachen der Bildungsausgaben in der EU. Dieser umgangene Steuerbetrag steht den Regierungen nicht zur Verfügung für Investitionen zur Arbeitsplatzschaffung, Wachstum oder als Beitrag zu ausgewogenen öffentlichen Haushalten. Sie werden daran gehindert, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik umzusetzen, mit Auswirkungen auf öffentliche Dienstleistungen und die Wirtschaft.

Steuerbetrug und -hinterziehung verzerren auch den Wettbewerb zwischen denen, die Steuern und ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen umgehen können, und jenen, die sich an die Regeln halten. Es ist weder aus wirtschaftlicher noch aus haushaltstechnischer Hinsicht zu verantworten, dass man multinationalen Firmen auch weiterhin erlaubt, Steuern zu umgehen. Die Europäische Union muss aktiv daran arbeiten, **Schlupflöcher zu schließen, Verzerrungen in Steuerpolitik und Rechtsvorschriften zu eliminieren**, insbesondere bei der Implementierung des OECD-Aktionsplans zu Gewinnkürzung und -verlagerung (BEPS) und **hartes Durchgreifen gegen Steueroasen**. Dies ist wesentlich, um neue Einkommen für Investitionen in die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, die Finanzierung unseres Sozialversicherungssystems und die Gerechtigkeit unseres Steuersystems sicher zu stellen.

Da die Rettung des Finanzsektors zwischen 2008 und 2011²⁵ Steuergelder in Höhe von 1,6 Billionen Euro gekostet hat, impliziert die Erhaltung öffentlicher Einnahmen die Gewährleistung, dass der Finanzsektor sich auf Investitionen in die reale Wirtschaft konzentriert. Weiterer finanzieller Instabilität muss durch gesunde Ordnungsgrundsätze vorgebeugt werden, damit finanzielle Schockwellen nicht die öffentlichen Finanzen beeinträchtigen. Dies unterstützt die nachdrücklichen Forderungen nach adäquater Regulierung zur Bewältigung der ungelösten Problematik der für einen Konkurs zu großer Institute („too big to fail“) und für die Fertigstellung einer Bankenunion.

²⁴ http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/tax_fraud_evasion/index_en.htm

²⁵ Bericht der Kommission, Bericht über staatliche Beihilfen der EU, Herbstausgabe 2012; KOM(2012) 778 endgültig

SPE-Vorschläge:

■ Die **Finanztransaktionssteuer** sollte schnell implementiert und ihre Ausweitung auf alle EU-Mitgliedstaaten unterstützt werden, als Weg zur Erhöhung der öffentlichen Einnahmen.

■ Eine **verpflichtende, transparente Berichterstattung nach Ländern** durch multinationale Firmen in allen Sektoren würde helfen, über das Steuer-niveau nachzudenken, das die Unternehmen tatsächlich zahlen.

■ Für ein besseres Abbild der Realität von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und -umgehung könnte eine **EU-Übersicht der Einkommens-, Vermögens- und Steuerregelungen** eingerichtet werden. Eine derartige Übersicht würde die Differenz zwischen legaler und tatsächlicher Steuerquote für Unternehmen und Einzelpersonen widerspiegeln.

■ Die Genehmigung von **EU-Regeln für den verbindlichen Austausch von persönlichen und betrieblichen Finanzinformationen**, die alle Arten von Einkommen umfassen, einschließlich Dividenden, Kapitalerträge, sonstige Finanzeinkommen und Kontensalden, würden ebenso eine größere Transparenz erlauben. **Eine stärkere Kooperation zwischen den Steuerbehörden**, gemäß dem Prinzip der loyalen Zusammenarbeit, könnte auch den Kampf gegen Steuerbetrug stärken.

■ Das Land, in dem ein Unternehmen seinen Ertrag erzielt, muss das Land der Besteuerung sein. Regelungen zur Verrechnungspreisgestaltung, die multinationale Unternehmen daran hindern, die von ihnen gezahlte Steuersumme künstlich zu reduzieren, können zu einem effizienteren Steuersystem verhelfen.

■ Eine **überzeugende Definition von Steueroasen, deren Eintrag in die Schwarze Liste** und verbundene **Sanktionen** würden den Kampf gegen die Steuerumgehung nachdrücklich bestärken.

■ Auf einzelstaatlicher und EU-Ebene könnten **zur Gewährleistung der Transparenz und Vermeidung von Steuerumgehungen Finanzregelungen und -kontrollen** gemeinsam mit **strengerer Sanktionen** gegen Steuerumgehung und -betrug ergriffen werden. Verbesserte Transparenz wäre ein Beitrag, **das Vertrauen der Investoren zurück zu gewinnen, und für mehr Stabilität und Glaubwürdigkeit des Finanzsektors.**

■ Ähnlich könnten **Rechtsvorschriften, zur Verbesserung der Transparenz und Kontrolle sowie zur Verringerung der Risiken im Schattenbankensystem** die Vorschriften für den Finanzsektor weiter komplexieren und einen Transfer von Aktivitäten aus dem regulierten Bankensektor in den Bereich der Schattenbanken vermeiden.

■ Eine **Verringerung der Verflechtungen zwischen dem Schattenbanken- und regulierten Bankensektor**, insbesondere durch eine Begrenzung der Exposition der Banken gegenüber Alternativen Investitionsfonds, würde die „Ansteckungsgefahr“ reduzieren und zum Schuldenabbau bei Schattenbanken beitragen.

■ **Adäquate Eigenkapitalanforderungen** müssen im gesamten Finanzsektor implementiert werden, als effektives Regulationsinstrument zur Internalisierung der Gefahr, Verringerung der Exposition gegenüber Risikomodellen und, hierdurch, Verstärkung der Finanzstabilität.

■ Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit **sollte die Verzerrung von Verbindlichkeiten und Eigenkapital eliminiert werden.**

■ Die **Staatsschulden-Banken-Verbindung muss wirksam angegangen werden**, nicht zuletzt durch die Vollendung der Bankenunion und Wege zur Festigung breit angelegter Expositionsgrenzen.

■ Der Finanzsektor könnte stärker in die soziale Verantwortung genommen werden, **durch Reduzierung asymmetrischer Informationen und Interessenkonflikte sowie verbesserten Verbraucherschutz.** Innovative Finanzmechanismen, wie Crowdfunding und Peer-to-Peer-Kredite, sollten innerhalb eines gesunden Rahmens von Rechtsvorschriften gefördert werden. Kriterien zur menschlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit, die die Bedenken einer Vielzahl von Interessenträgern widerspiegeln, müssen besser in Beurteilungsberichten, Risikoanalysen und Bewertungen von Investitionsprodukten integriert werden.



5.3

Die beste Verwendung von Steuer- einnahmen

”

Effiziente,
transparente
öffentliche
Dienste, die
allen Bürger-
innen und
Bürgern zu
Gute kommen.

In den meisten Mitgliedstaaten liegen Gesundheitsfürsorge, Bildung, Sozialdienste und Altenfürsorge gänzlich oder teilweise in den Händen des Staates. Obwohl sie dem Haushaltsdruck unterliegen, spielen diese öffentlichen Dienste eine wichtige Rolle bei Sozialversicherung und Inklusion, wenn sie für alle Bürger erschwinglich und zugänglich sind. Es ist daher wesentlich, die höchsten Mindeststandards, universellen und gleichen Zugang der Bürger sowie die Qualität, lokale Autonomie mit adäquaten geografischen und sozialen Ausgleichsprinzipien derartiger Dienstleistungen zu gewährleisten.

Öffentliche Dienste sind von Vorteil für alle Bürger, insbesondere für die Bedürftigsten. Eingedenk bestehender Aufgaben und Möglichkeiten ist es zum einen wichtig, dass öffentliche Dienste sich an den Bedarf der Bürger anpassen, um das Sicherungsniveau zu gewährleisten. Andererseits ist im Zusammenspiel mit Wirtschaftsakteuren eine effiziente, transparente und verantwortliche öffentliche Verwaltung ein wichtiger Faktor u. a. für Produktivität und Wachstum.

Wir sind der Ansicht, dass es entscheidend ist, dass der Staat ein eindeutiges Verständnis von öffentlichem Interesse zeigt und die Bedenken der Steuerzahler beantwortet, wie ihr Beitrag zu den steuerlichen Anstrengungen verwendet wird. Die Gewährleistung eines guten Schuldenmanagements ist wesentlich zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Ausgaben, zur Beendigung von Verschwendung und zur **Umlenkung der Ausgaben dorthin, wo sie den größten Wert für die Bürger haben.** Dies ist umso wichtiger, als öffentliche Investitionen die Auswahl gestalten, wo Menschen leben und arbeiten, die Art und Allokation privater Investitionen sowie die Lebensqualität beeinflussen. Verantwortungsvolle Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht und Transparenz sind die Säulen starker öffentlicher Behörden und effizienter öffentlicher Verwaltung.

SPE-Vorschläge:

■ Die Einführung einer Kultur **permanenter unabhängiger Evaluation öffentlicher Politik in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Leistung** könnte zur Verstärkung und Verbesserung von Entwurf und Implementierung zukünftiger Reformen beitragen und umfassendere demokratische Rechenschaftspflicht gewährleisten.

■ **Die Modernisierung der öffentlichen Dienste**, insbesondere mittels ihrer Digitalisierung oder der Generalisierung einziger Anlaufstellen, kann Lösungen mit mehr Transparenz bieten; mehr Effizienz beschränkt die Verwaltungskosten und ist für Bürger und Wirtschaftsakteure von Vorteil. Allerdings sollte eine solche Modernisierung nicht die Qualität der gebotenen Dienstleistungen beeinträchtigen, noch ihre Bandbreite verringern.

■ Die **Vereinfachung der Verfahren, die kluge Organisation der öffentlichen Dienste** in einer integrierten Weise können zu besseren Antworten auf den Bedarf der Bürger und Wirtschaftsakteure beitragen.

■ **Die Beteiligung der Bürger** an der Entscheidungsfindung und Auswahl der Ausgaben kann erheblich das Verständnis der Bürger und deren Einverständnis mit öffentlichen Entscheidungen verbessern.

■ Die **Verringerung doppelter Verwaltungsstrukturen und -belastungen, verbesserte Transparenz öffentlicher Ausgaben, Straffung und Rationalisierung bürokratischer Verfahren** können die Interaktionen zwischen Staat, Bürgern und Privatunternehmen erleichtern. Trotzdem sollten nie bestehende Rechte ausgehöhlt werden, insbesondere keine sozialen Rechte. Die Verbesserung der Transparenz könnte durch reguläreren Dialog zwischen Zivilgesellschaft und repräsentativen Verbänden erfolgen.

■ Die **Vereinfachung der Gesetzgebung und das Streben nach Effizienz und Geschwindigkeit der Justiz** zur Gewährleistung des Schutzes der Bürgerrechte und eines sicheren wirtschaftlichen Umfelds können zu verbesserter Wirtschaftsgovernance und öffentlichem Vertrauen beitragen.

■ Die **Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen, die gemeinsame Nutzung von Ressourcen, Mitteln und Wissen** kann erheblich zur Effizienz des öffentlichen Sektors sowie zur Betreuung und innovativen Dynamik ihrer Leistungen beitragen. Zur Erleichterung dieser Kooperation ist es wichtig, Erfahrungen gemeinsam genutzter Dienste zu entwickeln und sie auf neue Bereiche auszuweiten.

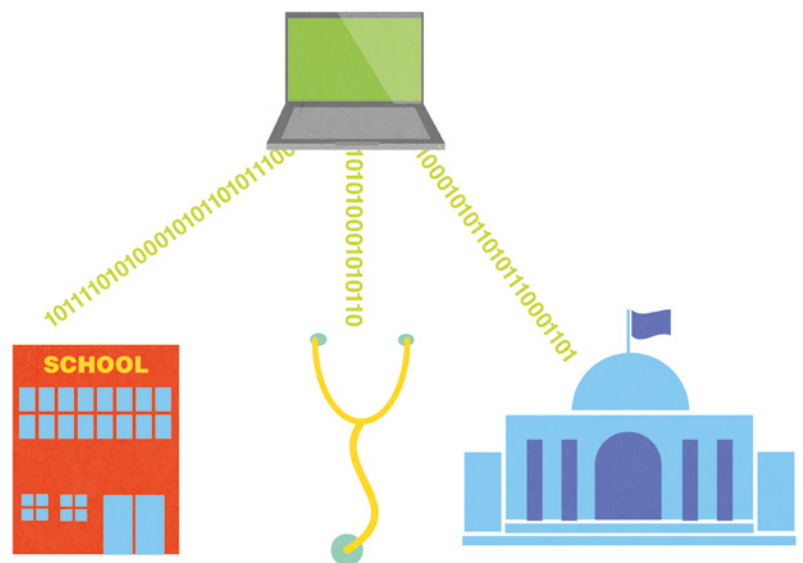
■ **Die Bekämpfung aller Arten von Korruption**, einschließlich der Entwicklung effektiver Präventionspolitik und adäquater Kontrollmechanismen zur Handhabung der Korruptionsrisiken und Interessenkonflikte²⁶, ist wesentlich, um das Vertrauen der

Menschen und demokratisches Mitverantwortungsgefühl wiederherzustellen und die Glaubwürdigkeit öffentlichen Handelns zu gewährleisten.

■ Um die **Effektivität öffentlicher Investitionen** sicher zu stellen, sollten öffentliche Behörden ihre Investitionen auf allen Ebenen und in jeder Politik koordinieren, ihre eigene Kapazität für öffentliche Investitionen festigen und geeignete Rahmenbedingungen für öffentliche Investitionen gewährleisten, gemäß den OECD-Empfehlungen für öffentliche Investitionen²⁷.

²⁶ Wie skizziert in den Schlussfolgerungen des Rates zum EU-Bericht zur Korruptionsbekämpfung, genehmigt auf der Ratssitzung (Justiz und Inneres) in Luxemburg am 5. und 6. Juni 2014.

²⁷ OECD, Empfehlung des Rates zur effektiven öffentlichen Investition auf allen Regierungsebenen, genehmigt am 12.03.2014.



6

Progressive Reformen ermöglichen: eine wirkliche Europäische Sozial- und Wirtschaftsgovernance

„

Es gibt keine Pauschal-lösungen.

Um eine Neuausrichtung der Strukturreformen sicher zu stellen, von ihrer Kostenreduzierungs-Orientierung hin zu tatsächlich progressiven Reformen, um die soziale Kohäsion, effiziente Besteuerung und Innovation, Ressourcen-Effizienz und ein nachhaltiges Industriemodell zu fördern, ist es für die EU wesentlich, eine echte sozio-ökonomische Governance zu entwickeln, gestützt auf einer langfristigen Strategie für nachhaltiges Wachstum. Wir möchten, dass europäische Politik und Instrumente eine erneute Konvergenz in Europa sowie ein nationales Mitbestimmung an Reformen gewährleisten, anstatt von „one-size-fits-all“-Maßnahmen.

Im Gegensatz zur derzeitigen unverhältnismäßigen Konzentration auf Sanierung der Haushalte und Beschäftigungsflexibilität muss die EU dringend eine echte sozio-ökonomische Governance entwickeln, mit einem neuen Politikmix, in dem soziale Themen gleichberechtigt mit wirtschaftlichen Überlegungen sind. Dies ist besonders entscheidend in der Wirtschafts- und Währungsunion um sicher zu stellen, dass Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum mittels Verbesserungen in Beschäftigung und Produktivität verfolgt werden, statt einer internen Abwertung und fortwährend restriktiver Steuerpolitik.

Das Konzept der sozio-ökonomischen Governance impliziert neue ausgleichende Instrumente, wie das Europäische Semester, für bessere Ergebnisse in Bezug auf die Beschäftigung und soziale Ziele in der EU, sowie einen Wandel in den für die Implementierung verantwortlichen politischen Strukturen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die **Überprüfung der europäischen Fiskalregeln und Governance-Mechanismen, zwecks größerer Antizyklizität und Sicherstellung, dass öffentliche Haushalte** (Mechanismen zum sozialen Schutz, als auch öffentliche Investitionen) **ihre Rolle als Wirtschaftsstabilisatoren wahrnehmen können.** Die Einrichtung einer fiskalischen Kapazität in der Wirtschafts- und Währungsunion würde also einen klaren Schritt in diese Richtung darstellen.

Dieses neue Gleichgewicht in der sozio-ökonomischen Governance sollte sich ebenso in der Revision der Europa 2020-Strategie widerspiegeln.

SPE-Vorschläge:

■ **Die Ziele und Kernziele der Europa 2020-Strategie** sollten erneut beteuert werden als übergeordneter Rahmen für die nachhaltige Entwicklung und sozio-ökonomische Governance der EU. Die während des **Europäischen Semesters** vorbereiteten integrierten Richtlinien, Jahreswachstumsbericht, die nationalen Reformprogramme und länderspezifischen Empfehlungen sollten dann alle auf diesen Rahmen Europa 2020 ausgerichtet werden. Empfehlungen im Zusammenhang des Stabilitäts- und Wachstumspakts und das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht müssen gleichfalls mit den Zielen für Europa 2020 im Einklang stehen.

■ **Investitionen sollten von laufenden Ausgaben unterschieden werden, wenn öffentliche Defizite bewertet werden.** Die Mitteilung der Kommission „Making the best use of the flexibility within the existing rules of the Stability and Growth Pact“²⁸ ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Handlungsspielraum für Investitionen. Allerdings sollte eine **breitere Investitionsklausel** anvisiert werden, nach der Länder im präventiven und korrektiven Defizitverfahren gleich behandelt werden.

■ **Entscheidend ist sicher zu stellen, dass EFSI und MFR gemeinsam eine adäquate Investitionskapazität darstellen, um Wirtschaftskonvergenz auf europäischer Ebene wiederherzustellen.** Der EFSI ist nicht nur ein weiteres Instrument zur Projektfinanzierung, sondern er kann, bei ordnungsgemäßer Implementierung, den Weg zu einem Paradigmenwechsel einleiten. Unser Ziel ist, Investitionen zu einer permanenten Säule im EU-Governancerahmen zu machen.

■ Im Rahmen der Halbzeitbewertung der Europa 2020-Strategie sollte ein Indikator für die Quote der auswärtigen Investitionen im Scoreboard der makroökonomischen Ungleichgewichte berücksichtigt werden, um Politik auf die Schließung des aktuellen Gefälles bei produktiven Investitionen zu fokussieren.

■ Das Europäische Semester sollte **systematische Überprüfung, Empfehlungen und Unterstützung für Länder beinhalten, die vor den größten Beschäftigungs- und sozialen Aufgaben stehen**, aufbauend auf dem Scoreboard der wichtigsten Beschäftigungs- und Sozial-Indikatoren. Das Verfahren zu makroökonomischen Ungleichgewichten sollte ebenso einhergehen mit tiefer gehenden Analysen des Zusammenspiels von Sozial-, Beschäftigungs-, makroökonomischen und Finanzindikatoren, wie die Verknüpfungen zwischen Ungleichheiten und Verschuldung, Arbeitskosten-Einschnitte und Deflationsdruck oder Haushalts-sanierung und Arbeitslosigkeit.

■ **Die EU-Wirtschaftsgovernance muss demokratischer und transparenter werden und muss eine stärkere Rechenschaftspflicht** für getroffene Entscheidungen sicherstellen. Frühzeitige Veröffentlichung der Länderberichte im Europäischen Semester erlaubt einen eingehenderen Dialog zwischen EU-Kommission, -Parlament, nationalen Parlamenten und Sozialpartnern sowie regionalen und lokalen Gremien in Vorbereitung Nationaler Reformprogramme und länderspezifischer Empfehlungen, und verstärkt damit nationale Eigenverantwortung für die bevorstehenden Reformen. Allerdings müssen weitere Schritte in Richtung Mitentscheidungsverfahren zwischen Europäischen Parlament und Rat bei Integrierten Richtlinien und Jahreswachstumsberichts-Prioritäten getan werden.

■ **Die Rolle des Rates für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherangelegenheiten** im europäischen Semester und die Aussprache über die WWU-Fertigstellung muss ausgebaut und die Kooperation mit dem Rat für Wirtschaft und Finanzen verbessert werden. Eine soziale Eurogruppe sollte zur Koordinierung der Vorgehensweise in den wichtigsten für Beschäftigung- und sozialen Herausforderungen in der Eurozone eingerichtet werden.

■ Menschenwürdige Löhne sind nicht nur wichtig für den sozialen Zusammenhalt, sondern ebenso für die Aufrechterhaltung einer starken Erholung und produktiven Wirtschaft. Die Einführung eines **Europäischen Pakts für Mindestlöhne, eingerichtet auf einzelstaatlicher Ebene, per Gesetz oder Tarifverhandlungen**, würde dazu beitragen, die Herausforderung der Niedriglöhne anzugehen. Er sollte gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer einen Lohn in Höhe von mindestens 60 % des jeweiligen nationalen Median-Lohns erhalten.

■ Sicherstellen, dass die EU-Kommission **in all ihren Empfehlungen und politischen Instrumenten, einschließlich Europäisches Semester, Tarifverhandlungen und ihren Geltungsbereich respektiert und fördert.**

■ Durch die beunruhigende Tendenz sich ausbreitender Armut, ihre potentielle Verselbständigung und die zunehmende Divergenz europäischer Lebensstandards erzwingen es, die Bekämpfung der Armut und Missverhältnisse wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Eine europäische Rechtsgrundlage die jedem **Europäer universellen Zugang zur Gesundheitsfürsorge, Einkommensbeihilfen und Sicherung des Lebensunterhalts** gewährleistet, wäre ein erheblicher Schritt hin zu weniger Armut und neuerlicher sozialer Mobilität nach oben.

SPE-Vorschläge (Fortsetzung):

■ Das Erreichen sozialer und Beschäftigungsziele dürfte stark von der wirtschaftlichen Lage eines Landes abhängen und sofortige Reformen erfordern, die sich erst langfristig auswirken. **Um sicher zu stellen, dass die Mitgliedstaaten handlungsfähig sind und solche Reformen finanzieren können, könnte ein Anreizmechanismus eingerichtet werden**, gestützt durch eine gemeinsame Eurozonen-Haushaltsleistung und einen tragfähigen demokratischen Entscheidungsmechanismus auf Ebene des Euro-Raums. Ein derartiger Eurozonen-Haushalt sollte nicht schädlich für den derzeit existierenden EU-Haushalt sein. Er würde als automatischer Stabilisator für Länder fungieren, die eine Wirtschaftsrezession durchleben, und zur Absorption negativer Schockwellen beitragen. Er würde zur Beschleunigung von Investitionen insbesondere in soziale Infrastruktur, zur Wahrung der Sozialschutzniveaus und zur Unterstützung der Beschäftigungspolitik eingesetzt, wenn ein Land unter fiskalem Stress steht.

■ Der Handlungsspielraum vieler Mitgliedstaaten ist im fiskalen Bereich beschränkt, da sie mit der Tilgung alter Schulden kämpfen. Größeres Wachstum würde die Reduzierung der Schuldenlast vereinfachen, aber eine hohe Schuldenlast kann für sich bereits ein Hindernis für das Wachstum sein. **Organisiertes Schuldenmanagement** ist daher wesentlich für den Pfad wachstumsorientierter Politik. Ein Tilgungsprogramm, dem Mitgliedstaaten durch Abschluss eines Schulden-Nachhaltigkeitsprogramms beitreten könnten, könnte sich mit diesen Aufgaben befassen.

■ Im Zusammenhang eines Eurozonen-Haushalts sollte die Möglichkeit der Einrichtung einer komplementären **europäischen Arbeitslosenversicherung innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion ausgelotet werden**, mit der die Leistungskraft der nationalen Wirtschaftsstabilisatoren durch Verteilung der zyklischen Arbeitslosenkosten auf die Mitgliedstaaten sowie der Zusammenhalt der EU und die Verknüpfung mit ihren Bürgern verstärkt werden.

■ **Die Ausstattung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung mit mehr Finanzmitteln würde helfen**, die von Freisetzung betroffenen Arbeitnehmer besser zu unterstützen.

■ Die Gewährleistung der Stabilität des Euro und des europäischen Finanzsektors ist entscheidend.

Die Vollendung der Bankenunion, einschließlich eines robusten Einlagensicherungssystems und der **Trennung von** Risikoinvestitionen, Privatkundengeschäft und Bankaktivitäten²⁹, würde die Glaubwürdigkeit der Union in Bezug auf die Sicherung der Einlagen der Bürger um ein weiteres erhöhen und würde gleichfalls die Kreditversorgung der Realwirtschaft wiederherstellen.

²⁸ Kom(2015)12

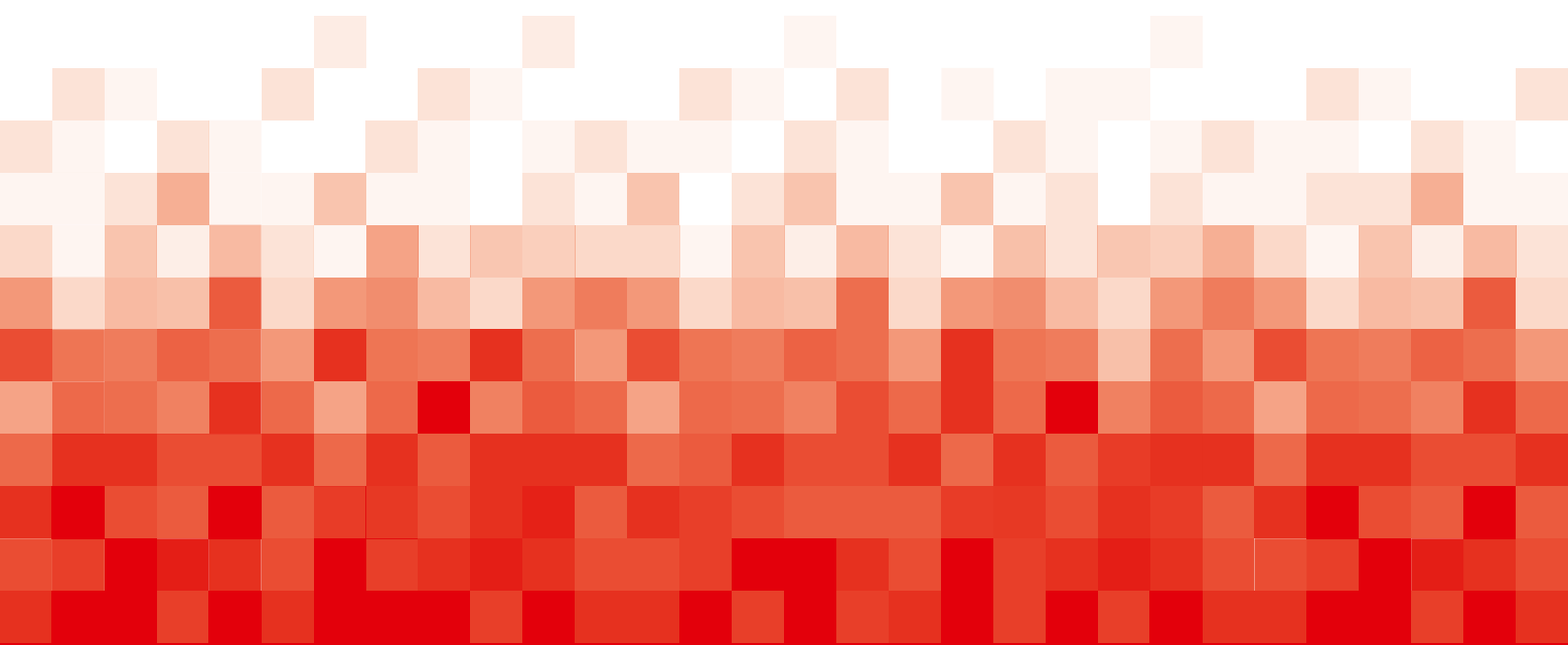
²⁹ Gemäß den im Liikanen-Bericht skizzierten Linien: *Final report of the High-level Expert Group chaired by Erkki Liikanen on reforming the structure of the EU banking sector, Brüssel, 02.10.2012.*

Schlussfolgerung: Europäische Sozialdemokraten, Akteure des Wandels

Wir stehen als Europäische Sozialdemokraten für positive Reformen. Wir bieten eine detaillierte, **progressive Agenda von Reformen und Investitionen**, die die wichtigsten Herausforderungen angehen, mit denen Europa konfrontiert ist. Unsere Reformen sind auf Konkurrenzfähigkeit ausgerichtet, auf verbesserte Produktivität und Beschäftigung sowie einen gut funktionierenden öffentlichen Sektor gestützt, im Gegensatz zu konservativen Reformen, die hauptsächlich auf Einschnitte bei den Arbeitskosten und Privatisierung setzen und die zur Beinahe-Deflation und wachsenden Ungleichheiten geführt haben.

Wir haben uns verpflichtet, darauf hinzuwirken, ein Wachstum zurück zu bringen, das für alle Europäer von Vorteil ist. Wir sind uns bewusst, dass einige unserer Reformvorschläge strukturelle Veränderungen in der europäischen Wirtschaft und einen strukturellen Wandel in den Antworten auf die Krise implizieren. Sie müssten gleichfalls Hand in Hand mit neuen Investitionen gehen. Darum enthalten unsere Vorschläge einzelstaatliche und europäische Reformen.

Wir sind überzeugt, dass die EU und die Mitgliedstaaten einen derartigen Wandel in ihrer Politik brauchen; und wir werden dafür sorgen, dass sie mutige, progressive Strukturreformen verabschieden und umsetzen, die nicht nur einen Wirtschaftsaufschwung ermöglichen, sondern gleichfalls Europa auf einen nachhaltigen Wachstumspfad bringen, zum Vorteil all seiner Bürger.



Folgen Sie uns auf www.facebook.com/pes.pse
und www.twitter.com/pes_pse.
Bei Fragen, können Sie sich gerne an www.pes.eu wenden
oder kontaktieren Sie uns über info@pes.eu.

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)

Rue du Trone 98
1050 Brüssel

T +32 2 548 90 80
F +32 2 230 17 66
info@pes.eu
AISBL-BBCE-N 0897.208-032

Diese Publikation erhielt eine finanzielle Förderung durch das Europäische Parlament.
Die alleinige Verantwortlichkeit für den Inhalt liegt bei den Autoren und das Europäische Parlament
ist nicht verantwortlich für jedwede Nutzung der Informationen, die darin enthalten sind.

März 2016